



AUSGABE 8 · 36. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 1.9.2005

Gedenken

S. 3

Anlässlich der Anschläge in London gedachten die Parlamentarier sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung am 13. Juli der Opfer und deren Angehörigen im Rahmen einer Schweigeminute.

Aussprache

S. 4 – 5

In einer hitzig geführten Debatte stritt der Landtag am 14. Juli über die einen Tag zuvor gehaltene Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Opposition und Koalition bezichtigten sich gegenseitig der Lüge.

Sicherheit

S. 14

Alle vier Fraktionen haben der Einrichtung eines Unterausschusses „Bergbausicherheit“ zugestimmt. Neben der Grubensicherheit soll auch der Schutz der Bevölkerung zu seinen Aufgaben zählen.

Rückblick

S. 17

Vor 25 Jahren wurden bei den Bezirksregierungen in NRW die so genannten „Grünen Telefone“ in Betrieb genommen. „Landtag intern“ blickt zurück auf die Debatte von damals und zieht Bilanz.

Die verheerenden Anschläge in der Londoner Innenstadt haben die Diskussion über die innere Sicherheit auch im eigenen Land wieder angefacht. Ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch deutsche Städte ins Visier der Terroristen geraten? Die Menschen sind verunsichert. Umso erfreulicher ist es, dass der gerade zu Ende gegangene Weltjugendtag ohne nennenswerte Zwischenfälle verlief. Mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 steht Nordrhein-Westfalen bereits das nächste Großereignis mit Millionen von Gästen ins Haus. Wiederum eine besondere Herausforderung für die Sicherheitskräfte im Land. Ist NRW dafür ausreichend gerüstet oder müssen die Sicherheitsvorkehrungen punktuell verschärft werden? Dieser Frage geht „Landtag intern“ im Rahmen seines Schwerpunktes nach (Seite 10-13).

Montage: Sch...te

Pilger im Landtag

Mehr als 80.000 Pilger aus 81 Nationen waren während des Weltjugendtages zu Gast in Düsseldorf und sorgten für eine ganz besondere Atmosphäre in der Landeshauptstadt. Auch der Landtag beteiligte sich an zwei Tagen am Kulturprogramm des christlichen Jugendfestivals. Musik internationaler Bands und Gesprächsrunden mit Jugendlichen, Kirchenvertretern und Politikern standen dabei im Mittelpunkt. Parlamentspräsidentin Regina van Dinter freute sich, viele junge Pilger aus aller Welt begrüßen zu können. Außerdem empfing sie Weihbischof Franz Grave (Bistum Essen) und Bischof Marcello Palentini (Diözese Jujuy, Argentinien), die sich ins Gästebuch des Landtags NRW eintrugen (Seite 16).



**Innere Sicherheit –
NRW sieht sich gewappnet**

Inhalt

Inhalt/Editorial 2

Stilles Gedenken an die Opfer 3

Landtagspräsidentin erinnert an die Anschläge von London

Argumente und Emotionen 4 – 5

Debatte über Programm von Ministerpräsident Rüttgers

Breite Mehrheit gegen Sonderausschuss 6

Regierung will Landtag an sozialverträglichem Kohleausstieg beteiligen

Rückkehr zur Nachhaltigkeit 6

Politik für den ländlichen Raum 7

SPD verlangt integratives Konzept

Papstbesuch 7



Völlige Freigabe an Werktagen 8

Landesregierung hält am Schutz von Sonn- und Feiertagen fest

Entfernungspauschale: Einzellösung contra Gesamtkonzept 8

Busse sind nicht die Stinker in Städten 9

Grüne verlangen eine kurzfristige Nachrüstung mit Rußfiltern

Ansprechpartner der Bürger 10

Neue und alte Koalition streiten über die Reform der Polizei



„Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“ 11

Innenminister lehnt flächendeckende Videoüberwachung in NRW ab

„Weniger verwalten – mehr fahnden“ 12 – 13

Interviews mit den innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern

Problem: Steigendes Grundwasser 14

Unterausschuss „Bergbausicherheit“ wird eingerichtet

Wohin mit dem neuen Gefängnis? 15

Standortsuche für Ersatzbau weiterhin offen



Ort der Begegnung zwischen Jugend, Politik und Kirche 16

Aktionen zum Weltjugendtag im Düsseldorfer Parlament

Der Griff zum Grünen Telefon 17

Aus den Fraktionen 18

Porträt der Woche: Edgar Moron (SPD) 19

FCL bot gutes Bild gegen eine junge Mannschaft 19

Impressum 19

Geburtstage und Personalien 20

Fest des Glaubens auf sicherem Boden

Es waren fröhliche, bewegende und friedfertige Tage, zu denen hunderttausende von jungen und älteren Menschen im vergangenen Monat zum XX. Weltjugendtag nach NRW geströmt sind. Sie kamen aus aller Welt, wollten sich austauschen, ihren Glauben feiern, den Papst erleben. Dabei lernten sie Menschen und ein Land kennen, das sich auf die Pilger gefreut und ihnen zwischen Rhein und Weser herzliche Gastfreundschaft geboten hat.

Dass zu Zeiten der globalen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus alles so friedlich verlaufen ist – ein Geschenk des Himmels? Nicht nur, sondern auch Verdienst vieler Menschen in Politik, Polizei und Sicherheitsapparat, und zweifellos auch Frucht des Engagements der zahllosen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in Köln und in den Gemeinden anderswo.

BENEDETTO, BENEDETTO!

Die Rufe „Benedetto, Benedetto“ sind verklungen. Der neue Papst hat seinen ersten Kontakt mit der jungen Weltkirche auf deutschem, auf nordrhein-westfälischem Boden gehabt. Benedikt XVI. war, das haben die Bilder im Fernsehen gezeigt, tief beeindruckt. Er hat im Kölner Dom Zwiesprache mit den Heiligen seiner Kirche geführt, er hat mit vielen Gläubigen und Vertretern anderer Religionen gesprochen und sich mit der politischen Spitze des Landes ausgetauscht. Die Früchte dieses Dialogs werden sich in Zukunft zeigen.

Wie immer im Leben, es gibt kein Entweder-Oder: Ausgelassenheit schließt Sicherheit nicht aus, Jubel übertönt nicht Nachdenklichkeit. Die singenden und tanzenden jungen Menschen auf den Straßen Kölns waren das eine, aber nicht alles. Viele nutzten die Gelegenheit, sich über ihr Gastgeberland zu informieren. Dazu leistete der Landtag Nordrhein-Westfalen Hilfe. Er bot auf Betreiben der neuen Landtagspräsidentin Regina van Dinker das Forum für Gespräche und Diskussionen zwischen Jugendlichen und Abgeordneten, Bischöfen und Priestern. Alles locker und mit musikalischen Darbietungen verpackt. Ein neuer Stil, ein neuer Geist im „Hohen“ Hause – unkompliziert, unpräntiös und der jungen Generation zugewandt, die unsere Zukunft ist. JK

Trauer und Betroffenheit: Zum Gedenken an die Opfer der Londoner Terroranschläge haben sich die Abgeordneten und Zuhörer von ihren Plätzen erhoben und still der verletzten und getöteten Menschen sowie ihrer Angehörigen gedacht.

Foto: Meyer

Stilles Gedenken an die Opfer

Landtagspräsidentin erinnert an die Anschläge von London

Schweigend haben am 13. Juli bundesweit die Menschen der Opfer der Terroranschläge von London gedacht. So auch die Beschäftigten des Landtags: Aus Solidarität mit der britischen Bevölkerung hielten sie am 13. Juli um 13 Uhr für zwei Minuten in der Arbeit inne.

Zuvor hatten sich zu Beginn der Plenarsitzung um 10 Uhr die Abgeordneten des Landtags auf Bitten von Landtagspräsidentin Regina van Dinther von ihren Plätzen erhoben. Die Landtagspräsidentin führte dazu aus: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen, das ganze Land und seine 18 Millionen Menschen, wir alle sind mit unseren Gedanken bei den Opfern, ihren Familien und Freunden, dem gesamten britischen Volk. Ihnen gilt unser Mitgefühl.“

Mit einem Schlag, fuhr van Dinther fort, seien allen auch wieder die Terroranschläge von New York und Madrid vor Augen geführt worden – „Anschläge auf die zivilisierte Welt, wie wir sie in dem Ausmaß vorher so nicht für möglich gehalten haben“.

Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen müsse man erkennen, dass solche Gräueltaten letztlich nicht auszuschließen seien. Die Angst, die sich dabei einstelle, dürfe die Menschen nicht lähmen: „Wir müssen den Terroristen durch unser entschlossenes Handeln zeigen: Wir weichen

nicht zurück! Für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde treten wir selbstbewusst ein. Nur so können wir den Terrorismus in die Schranken weisen.“

Landtagspräsidentin Regina van Dinther betonte die Nähe zwischen dem britischen Volk und den Menschen in NRW. Sie sagte: „Die Briten sind unsere Freunde. Besonders in Nordrhein-Westfalen haben sie geholfen, das zerstörte Land wieder aufzubauen. Wir denken gerne an den Besuch der britischen Königin vor wenigen Monaten zurück, der diese gewachsene Freundschaft noch einmal gefestigt hat.“ Sie schloss mit den Worten: „Heute gilt unser Mitgefühl den Hinterbliebenen der Opfer und den Verletzten. Ich bitte Sie um einen Moment des stillen Gedenkens.“

In der Fragestunde des Landtags vor der Sommerpause wollte der SPD-Abgeordnete Ralf Jäger vom neuen Innenminister des Landes, Dr. Ingo Wolf (FDP), wissen, was er gegen Pläne von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) unternommen hat, den Verfassungsschutz der Länder beim Bund zu konzentrieren und damit zu Lasten der Landesparlamente Kompetenzen auf den Bund zu verlagern.

In seiner schriftlichen Antwort führt Wolf aus: „Ich kann Ihnen gerne bestätigen, dass die Landesregierung zur föderalen Sicherheitsarchitektur steht.“ Trotz der parteiübergreifenden Ablehnung durch die Landesinnenminister werde der Bundesinnenminister nicht müde, die Zentralisierung immer wieder zu fordern. Bei der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sei man schon längst auf einem guten Weg, betont der Minister und

Unterstützung im Kampf gegen Terror

Innenminister Wolf gegen Schily-Plan zur Zentralisierung in Berlin

Im Interesse eines wirksamen Kampfes gegen terroristische Bedrohungen müssen Verfassungsschutz, Polizei und Ausländerbehörden effektiv zusammenarbeiten – aber wie? Als neu zu schaffende Mammutbehörde beim Bund oder wie bisher in den in Jahrzehnten gewachsenen und bewährten Sicherheitsstrukturen auf Landesebene?

erinnert daran, dass die entsprechenden Beschlüsse der Innenministerkonferenz vorlägen. Es liege nun am Bund, zügig die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, erklärt der Minister und fährt fort: „Die grausamen Londoner Anschläge machen erneut deutlich, wie

dringlich es ist, dem Netzwerk des Terrors ein Netzwerk der Information und Analyse der Sicherheitskräfte gegenüberzustellen. Darauf sollte der Bundesinnenminister seine Energien konzentrieren. Unsere Unterstützung dabei sichere ich ihm zu.“

Argumente und Emotionen

Debatte über Programm von Ministerpräsident Rüttgers

Der Landtag hat sich vor der Sommerpause am 14. Juli mit der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) auseinandergesetzt. Das geschah in einer mehrstündigen, streckenweise lautstark und erregt geführten Debatte. Die neue Opposition (SPD und GRÜNE) warf der neuen Koalition (CDU und FDP) gleich zu Beginn vor, sie belüge die Wählerinnen und Wähler und lasse sie im Unklaren über ihre Pläne. Schwarz-Gelb konterte mit dem Hinweis, Rot-Grün versuche die eigene Verantwortung für Haushaltsmisere, Unterrichtsausfall und Arbeitslosigkeit im Lande abzuschieben; das sei eine „Frechheit“. Am Ende feierten die Abgeordneten von CDU und FDP den Redebeitrag von Ministerpräsident Rüttgers mit lautem Beifall und erhoben sich von ihren Plätzen.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, wertete die Regierungserklärung als „Dokument der Enttäuschung“. In den drei wesentlichen Wahlversprechen der Union (eine Million neue Jobs, Unterrichtsgarantie und Haushaltskonsolidierung) sei Fehlannonce zu vermenden. Stattdessen plane Rüttgers beschleunigten Personalabbau in Bergbau und Landesverwaltung. Kraft: „Neue Jobs sind nicht in Sicht. Ziel verfehlt, Wähler getäuscht.“ Die angekündigten 4.000 neuen Lehrer reichten nicht einmal aus, um das Problem des Unterrichtsausfalls zu lösen. Kraft schloss daraus: „Sie haben

Ihre Amtszeit mit einer Lehrerlüge begonnen.“ Auch das Ziel der

schuldung fällt künftig Ihnen auf die Füße. Jede junge Frau und jeder junge Mann, der zukünftig keinen Ausbildungsplatz bekommt, geht auf Ihr Konto!“ Sie zeigte sich überzeugt, dass nach 39 Jahren SPD-Regierung in NRW die Partei das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen werde. Sie betonte: „Nordrhein-Westfalen ist gut, Nordrhein-Westfalen ist stark. Wir sind stolz auf dieses Land. Es waren gute 39 Jahre für Nordrhein-Westfalen.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, meinte dazu: „Wir sehen uns vor die riesige Aufgabe gestellt, unserem Land wieder die Chance für eine gute Zukunft zu geben.“ Und er versprach: „Wir werden die Menschen nicht enttäuschen.“ Aber so zu tun, in den drei Wochen nach Bildung der neuen

wie visionär, wertegestützt und in den Maßnahmen konkret“. Die SPD habe 39 Jahre lang keinen einzigen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt. Landesregierung und Koalition der Mitte würden jetzt ans Werk gehen: „Wir werden das ruhig, zielorientiert, solide und mutig tun.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, meinte, ihre Partei nehme die Oppositionsrolle an, die ihr der Wähler zugewiesen habe. An den Ministerpräsidenten gerichtet: „Wir werden Sie an Ihren vollmundigen Versprechungen messen. Wir werden Ihnen auf die Finger gucken.“ Wo man es könne und wenn man es für richtig halte, werde ihre Fraktion die Regierung unterstützen, aber „gute Miene zum bösen Spiel dürfen Sie von uns nicht erwarten“. Die Regierungserklärung gebe keinen Aufschluss, wohin die Reise gehen solle: „Sie waren, Sie sind und bleiben der Meister des Ungefahren.“ In Umweldingen sei die Regierungserklärung das Gegenteil



Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Haushaltskonsolidierung habe der Ministerpräsident bereits aufgegeben und einen verfassungsgemäßen Etat erst für das Jahr 2010 in Aussicht gestellt. Die SPD-Fraktionsvorsitzende sorgte für ein lebhaftes Echo im Plenum, als sie in Richtung Regierungsbank sagte: „Jede Unterrichtsstunde, die zukünftig ausfällt, ist nur Ihre ausgefallene Unterrichtsstunde, Frau Sommer! Jeder Euro höhere Ver-

Regierung sei eine Konjunkturbelebung zu erreichen, sei, so Stahl wörtlich, „schlicht bekloppt“. Von „Lehrerlüge“ zu sprechen, sei nicht mehr als Ablenkung, um „die Lebenslüge von Rot-Grün, um das eigene Versagen zu vertuschen“. Rot-Grün habe dem Land eine gigantische Schuldenlast vererbt, sei immer neu aus der Verantwortung geflüchtet. Dem Ministerpräsidenten gratulierte Stahl zu seiner Regierungserklärung, die sei „realistisch

von Zukunft und Aufbruch. In der Frauenpolitik lande die Regierung „kurz vor Saudi-Arabien“. Zu sagen, alle müssten Opfer bringen, sei solange nicht mutig, wie nicht konkret benannt werde, wer welche Opfer bringen müsse. Löhrmann weiter: „Wir arbeiten weiter mit ganzer Kraft an unseren Visionen für NRW.“



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)

Fotos: Schälte

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, gab zu bedenken: „Wir stehen zusammen mit der CDU vor einer Herkulesaufgabe.“ Die Vorgängerregierung trage die Verantwortung für die tiefe Finanzkrise des Landes, für die Massenarbeitslosigkeit und für die Bankrotterklärung in der Bildungspolitik. Da wäre etwas mehr Bescheidenheit im Auftreten ratsam, merkte er an. Die Koalition werde – anders als ihre Vorgängerin – vertrauensvoll, partnerschaftlich und verlässlich zusammenarbeiten. Papke: „Wir werden Nordrhein-Westfalen wieder zum Wachstumsmotor machen.“ Die Zukunft liege in Bildung, Forschung, Innovation. Oberste Priorität sei die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das setzte Wirtschaftswachstum ebenso voraus wie Augenmaß beim Umweltschutz. Der Sprecher: „Unsere erste Sorge gilt nicht Krötentunneln und Hamsterlöchern, sondern Arbeitsplätzen für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.“

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) fand, die Oppositionsführerin habe die Fakten verdreht und mit Halbwahrheiten gearbeitet. Aber: „Frechheit ersetzt keinen Intellekt.“ Die SPD habe ein Desaster hinterlassen, mit dem sich seine Regierung jetzt auseinandersetzen müsse. Abgehalfterte Minister hätten kein Recht, ihren Nachfolgern auf ihrem Gebiet Ratschläge zu erteilen. Er müsse sich fragen, was die SPD ihm nach seiner Regierungserklärung vorzuwerfen habe: Dass er 1.000 neue Lehrer einstelle? Erst werde er dafür gelobt, dann heiße es auf einmal „Lehrerlüge“. Rüttgers: „Überlegen Sie vorher, was Sie sagen.“ Im Übrigen habe die SPD schon vor der Landtagswahl gewusst, dass die neuen Schülerzahlen mehr Lehrer erforderten. Aber die SPD habe diese Information unterdrückt, „weil sie einem vor der Wahl nicht mehr passte. Das ist die Lüge, die da passiert ist. Sie haben das Volk über diese Situa-

tion und Ihre Planung belogen“. Er, Rüttgers, werde tun, wozu die vorige Regierung nie bereit gewesen sei, nämlich eine Statistik über den Unterrichtsausfall führen. Rüttgers bezeichnete das erneute schlechte Abschneiden von NRW bei der jüngsten Pisa-Studie als die „bildungspolitische Schlussbilanz von Rot-Grün“. Dafür sollten sich die Verantwortlichen schämen.

Gisela Walsken (SPD) warnte die CDU davor, eine neue „Haushaltlüge“ vorzubereiten. Mit haushaltstechnischen Tricks versuche die neue Regierung eine Verschuldungshöhe zu zeichnen, die ihr helfen solle, selber eine Neuverschuldung vorzunehmen, „die Sie der alten Regierung gerne anhängen“. Aber man werde genau hinschauen, ob es der neuen Regierung gelingt, verfassungskonforme Haushalte vorzulegen. Wenn nicht, dann werde man den Verfassungsgerichtshof bemühen. Der CDU fehle ein Konzept, wie sie mit dem Landeshaushalt umgehen solle.

Peter Biesenbach (CDU) kritisierte, es könne keine Rede davon sein, dass die SPD den Wechsel fair akzeptiert habe, so lange sie den Ministerpräsidenten menschlich disqualifiziere. So habe die SPD-Fraktionsvorsitzende in ihrer Rede Rüttgers als „blasse Raubkopie von Willy Brandt und Johannes Rau“ diffamiert. Wenn man wissen wolle, was die Koalition anders machen wolle, dann sollte die SPD Koalitionsvereinbarung, Parteiprogramme von CDU und FDP und die Regierungserklärung lesen. Wenn dann immer noch Klärungsbedarf bestehe, „dann sind wir gerne bereit, Ihnen das Ganze auch in Vieraugengesprächen zu erklären“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bestand ebenfalls darauf, dass die Koalition ihre Arbeit mit einer

„ersten großen Lüge“ in Sachen Lehrereinstellung begonnen habe. Die „nächste große Lüge“ sei das Verhalten in Sachen Mehrwertsteuer: Erst abgelehnt, dann unter der Maßgabe zugestimmt, die Lohnnebenkosten zu senken, jetzt auch dazu geplant, den Haushalt zu sanieren. Beklagt werde immer die Nettoverschuldung, „jetzt wollen Sie aber direkt noch zwei Milliarden Euro an Schulden draufpacken“ – in der vagen Hoffnung, dass die Konjunktur anspringt und damit alles zu finanzieren sei.

Christian Lindner (FDP) erläuterte, Ministerpräsident und Koalitionspartner könnten sich der stetigen Unterstützung durch die FDP sicher sein. Die SPD verfüge über kein Konzept für die Erneuerung des Landes. Die GRÜNEN hätten ihre Legitimation, hier mitzusprechen, erst einmal verloren, da ihnen „die Größe von Hühnerkäfigen zehn Jahre lang wichtiger war als überfüllte Schulklassen und Kindergartengruppen“. Mit den 110 Milliarden Schulden habe Rot-Grün nicht nur den Generationenkonflikt angeheizt, sondern auch den Staat seiner Handlungsfähigkeit beraubt. So könne er die neuen sozialpolitischen Herausforderungen nicht bewältigen. Man benötige nicht mehr, sondern weniger Staat, nicht mehr Versorgung, sondern Selbstverantwortung. Lindner: „Wir werden deshalb Nordrhein-Westfalen zum Modellstandort für das Gegenmodell einer liberalen Bürgergesellschaft machen.“

Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) lobte das „langfristig und in sich konsistent angelegte Regierungsprogramm“. Eine frühere Ministerin sei in der Opposition zu besonders hoher Fachlichkeit und Sachlichkeit verpflichtet, meinte er mit Blick auf seine Amtsvorgängerin Hannelore Kraft (SPD). Dann könne sie aber nicht hingehen und in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken wollen, die Haushaltssperre nehme zwar die Hochschulen, aber nicht die Forschung aus. Tatsache sei, dass über 95 Prozent der Forschungsmittel sich im vom Qualitätspakt geschützten Bereich befinden – und also nicht der Sperre unterlägen. Den Ministerpräsidenten der Lüge zu bezichtigen, wie dies der GRÜNE-Sprecher Sagel getan habe, halte er für „parlamentarisch verantwortungslos“. Kurz: „Mit ihrer Kritik an der neuen Regierung kritisieren Sie die Ver-säumnisse Ihrer alten Regierung.“

Breite Mehrheit gegen Sonderausschuss

Regierung will Landtag an sozialverträglichem Kohleausstieg beteiligen

In direkter Abstimmung hat der Landtag mit großer Mehrheit den Vorschlag der GRÜNEN abgelehnt (Drs. 14/35), einen Projektausschuss zum Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau einzurichten. Der sollte Verfahrensschritte und Ziele zum Ende des Steinkohlebergbaus begleiten und Entscheidungen des Landtags transparent vorbereiten. Bei der direkten Abstimmung vor der Sommerpause votierte nur die antragstellende Fraktion für den Antrag, der damit abgelehnt wurde.

Reiner Priggen (GRÜNE) bezeichnete den Ausstiegsprozess als sehr schwierig. Der Wirtschaftsausschuss könne das nicht allein leisten. Außerdem habe es in diesem Ausschuss über Jahre hinweg „eine von allen Beteiligten vereinbarte vollständige Intransparenz gegenüber dem Parlament“ gegeben. Was die Steinkohle angeht sah er die neue Regierung auf dem Rückzug von dem, was sie verkündet habe.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) kündigte Ablehnung an: Der Steinkohleausstieg sollte von den vorhandenen Gremien, dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Unterausschuss für Grubensicherheit, vorbereitet und begleitet werden: „Dort ist genügend qualifiziertes Personal, um diese wichtigen Aufgaben abzuwickeln.“ Der Vorwurf der Intransparenz richte sich eher gegen das Handeln der abgewählten Regierung.

Norbert Römer (SPD) drückte die Verbundenheit seiner Fraktion mit dem Steinkohlebergbau im Land aus und unterstrich die Gültigkeit der Verabredungen des Bundes und des Landes mit dem Bergbau. Die von den GRÜNEN unterstellte Intransparenz gebe es nicht. Darum gebe es keinen Grund, dieser Fraktion „eine parlamentarische Plattform dafür zu bieten, sich als Ermittler und Ankläger gegenüber Bergbau und Politik darzustellen“.

Dietmar Brockes (FDP) wandte sich an die Antragsteller. Sie könnten sicher sein, dass die neue Landesregierung „diese Transparenz herstellen und den Landtag entsprechend einbinden wird“. Aber man könne sich zusätzliche Bürokratie, Kosten und Sitzungstermine „schenken“. Der Auslauf des subventionierten Bergbaus sei Fakt

und auf den Weg gebracht. Es sei die vermutlich wichtigste Aufgabe im Wirtschafts- und

Energiebereich des Landes. Das gehöre in den Wirtschaftsausschuss und nicht in einen Sonderausschuss, betonte Brockes.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) sagte ebenfalls Nein zu einem Sonderausschuss. Sie unterstrich die Absicht der Koalitionsfraktionen zu einem sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus unter Hinzuziehung aller Beteiligten. Nicht zu vergessen sei auch, dass über 80 Prozent der Finanzhilfen für den deutschen Steinkohlebergbau Bundesmittel seien. Sie erhoffe eine konstruktive parlamentarische Begleitung: „Das Parlament wird über die wesentlichen Umsetzungsschritte dieses sicherlich nicht einfachen Prozesses unterrichtet.“

Hier wird Steinkohle gefördert: Die Zeche Auguste Victoria in Marl-Hüls.

Rückkehr zur Nachhaltigkeit

Koalition: Weniger Schulden und mehr Konsolidierung

Ende vergangenen Jahres hat der damalige Finanzminister Jochen Diekmann (SPD) den Landtag gebeten, Entlastung für die Haushaltsrechnung des Landes NRW für das Rechnungsjahr 2003 zu erteilen. Den Antrag hat das Plenum einstimmig vor der Sommerpause an den Ausschuss für Haushaltskontrolle überwiesen.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) kritisierte, der Haushalt des Jahres 2003 habe im Ergebnis ein völlig anderes Gesicht gehabt als bei der Haushaltsaufstellung. Der Minister: „Die Schuldenpolitik in diesem Land muss wirklich ein Ende haben.“ Die gewachsene Schuldenlast schränke den Handlungsspielraum des Landes ein und erfordere noch größere Konsolidierungsmaßnahmen. Der Minister warb darum, den von der neuen Koalition eingeschlagenen Kurs einer

nachhaltigen Finanzpolitik im Parlament positiv zu begleiten.

Wolfgang Hüskens (CDU) nannte als Ziel der Landesregierung aus CDU und FDP, die Nettoverschuldung zu reduzieren und den Ausgabenanstieg nachhaltig zurückzuführen. Es seien, mit Rücksicht auf nachfolgende Generationen, große Konsolidierungsanstrengungen notwendig.

Stephan Gatter (SPD) fand, die Arbeit der bisherigen Regierung könne so schlecht nicht gewesen sein, denn im zuständigen Ausschuss für Haushaltskontrolle sei bei mehr als der Hälfte der Beschlussempfehlungen Einstimmigkeit erzielt worden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) konnte nicht erkennen, wie die neue Regierung den Schuldenstand senken wolle: Sie wolle im Nachtragshaushalt noch einmal zwei Milliarden draufpacken. Auch auf die Konsolidierungsmaßnahmen sei er gespannt.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) stimmte zu: Zwei Milliarden müssten an Schulden aufgenommen werden – „weil Sie (damit meinte sie Rot-Grün) das Geld schon längst ausgegeben und bloß noch nicht in den Büchern stehen hatten“.

Mit etwa 800.000 Gläubigen und Pilgern aus der ganzen Welt erlebte Landtagspräsidentin Regina van Dinker die Abschlussmesse des XX. Weltjugendtages in Köln auf dem Marienfeld. Während des Weltjugendtages hatte die Landtagspräsidentin die Gelegenheit, Papst Benedikt XVI. persönlich zu treffen. Im Namen der nordrhein-westfälischen Volksvertretung begrüßte und verabschiedete van Dinker den Papst auf dem Flughafen Köln-Bonn. Sie nahm außerdem an der Feierstunde in der Kölner Synagoge und, wie das Foto zeigt, an einem Empfang im Erzbischöflichen Haus in Köln teil.

Foto: KNA



Politik für den ländlichen Raum

SPD verlangt integratives Konzept

Die SPD verlangt von der Landesregierung, die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums durch integrierte nachhaltige Politik zu sichern und auszubauen. Den entsprechenden Antrag (Drs. 14/32) lehnte der Landtag in direkter Abstimmung vor der Sommerpause ab – ebenso wie den Entschließungsantrag (Drs. 13/62), den die Grünen zu diesem Thema vorgelegt haben.

Svenja Schulze (SPD) rechnete vor, drei Viertel aller Kommunen in NRW lägen im ländlichen Raum. Der sei die Heimat von rund sieben Millionen Menschen. „Der ländliche Raum ist von erheblicher wirtschaftlicher, ökologischer und kultureller Bedeutung. Deshalb fordern wir heute die Landesregierung auf, für diesen Raum ein Konzept vorzulegen.“ Der ländliche Raum müsse eine nachhaltige Entwicklung bekommen; dabei setze ihre Partei auf ein integratives Konzept. Es genüge nicht, wie die Landesregierung, sich bloß auf die Land- und Forstwirtschaft zu beschränken. Bei der sei eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Politik der ländlichen Entwicklung nicht einmal im Ansatz erkennbar. Sie kündigte an, die SPD werde im Interesse des ländlichen Raums an diesem Konzept konstruktiv mitwirken.

Friedhelm Ortgies (CDU) wunderte sich über die „Entdeckung“ des ländlichen Raums durch die SPD, nachdem sie ihn zehn Jahre lang den Grünen überlassen habe. Deren Ministerin habe eine „ideologisch verbrämte, die Landwirte drangsalierende Politik gemacht, um damit in den gut verdienenden Vorstädten Stimmen zu gewinnen“. Als einzige Partei habe die CDU vor der Wahl ein agrarpolitisches Programm vorge-

legt, erklärte der Sprecher. Die Union wolle „eine flächendeckende, nachhaltig wirtschaftliche und wettbewerbsfähige Landwirtschaft erhalten“. Die ideologisch motivierte Förderpolitik von Rot-Grün („Klein und Öko ist gut, groß und konventionell ist schlecht.“) sei „grandios“ gescheitert. „Wir werden beide Bereiche, ob konventionell oder alternativ, gleich behandeln“, versprach Ortgies.

Johannes Remmel (GRÜNE) umriss die Entwicklungsperspektiven für die Landwirtschaft in NRW aus seiner Sicht: „Auf der einen Seite Jobs für die Zukunft, vor allem bei Biomasse und erneuerbaren Energien, in einem Qualitätswettbewerb mit hohen Standards für die Landwirtschaft – auf der anderen Seite, so habe ich den neuen Landwirtschaftsminister verstanden, finanzielle Versprechungen, möglicherweise niedrigere Standards, Agrotechnik und letztlich Abhängigkeit von Saatgutkonzernen.“

Marianne Thomann-Stahl (FDP) konterte: Seit dem 22. Mai wüssten die sechs Millionen Menschen im ländlichen Raum, „dass sie mit der neuen Landesregierung endlich wieder einen verlässlichen Partner haben, wenn es darum geht, die Potenziale des ländlichen

Raums in all seiner Vielfalt zu nutzen und weiterzuentwickeln“. Und weiter zur Rolle ihrer Partei: „Wir Liberale betrachten den ländlichen Raum als eigenständigen Lebens- und Entwicklungsraum. Einseitigen Benachteiligungen des ländlichen Raums bei Förder- und Entwicklungsmaßnahmen werden wir entgegenreten.“

Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) freute sich, dass die SPD den ländlichen Raum wiederentdeckt habe. Es gehe schließlich um 45.000 Betriebe mit mehr Beschäftigten (in den vor- und nachgelagerten Bereichen) als in der Automobil- und Stahlindustrie. Um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe drehe es sich; die Landwirte seien als Unternehmer zu sehen und nicht durch „tausend Programme von Rot-Grün zu bevormunden“. Das habe nur bewirkt, dass immer mehr Betriebe im Land aufgeben mussten. Uhlenberg: „Die Landwirte wollen nicht mehr bevormundet, sie wollen ernst genommen werden.“ Darum gebe es mit der neuen Koalition einen Neubeginn in der Agrarpolitik. Von einer Koalition, die gerade 14 Tage im Amt sei, ein Konzept für die Förderphase ab 2007 zu verlangen, sei schon „ein starkes Stück“. Seine Gegenfrage: „Wer hat denn viele Jahre Ökologie auf Kosten der Ökonomie betrieben?“ Dessen ungeachtet werde die Regierung bis Ende Juni 2006 einen Programm-entwurf erarbeiten, der zuständige Ausschuss werde über den Fortgang informiert.

Annette Watermann-Krass (SPD) stellte fest, das Versprechen der CDU in ihrem Wahlprogramm, ein Gesamtkonzept für die Landwirtschaft zu entwickeln, bleibe unerfüllt. Die SPD fordere ein Konzept, wie die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums zu sichern und auszubauen ist. „Wir sind davon überzeugt, dass das nur in einer integrierten und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik gelingt.“

Völlige Freigabe an Werktagen

Landesregierung hält am Schutz von Sonn- und Feiertagen fest

„Keine Öffnung der Läden an Sonn- und Feiertagen“ - diese Forderung enthielt der SPD-Antrag (Drs. 14/28), den der Landtag in direkter Abstimmung vor der Sommerpause abgelehnt hat. Angenommen wurde der Entschließungsantrag von CDU und FDP (Drs. 14/64), der eine schnellstmögliche Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen verlangte.

Rainer Schmeltzer (SPD) sah einen Dissens zwischen CDU und FDP. Die Union wolle Sonn- und Feiertage schützen, der FDP gehe das zu weit. Der freie Sonntag sei Ruhetag und „als eines der Symbole der Freiheit der Menschenwürde zu verstehen“. Außerdem dürfe den 410.000 Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Einzelhandel der freie Sonntag nicht genommen werden.

Andrea Miltz (CDU) kündigte an, man werde, sobald die Kompetenz vom Bund auf die Länder übertragen sei, die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollständig freigeben. Das bringe eine Reihe Vorteile, etwa Sicherheit für Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher. Das Ziel: „Weg mit der Bürokratie hin zur Freiheit, zu mehr Liberalisierung und mehr Chancen.“

Barbara Steffens (GRÜNE) stellte sich gegen die vollständige Freigabe des Ladenschlusses. Wer wie die CDU die Familie in den Mittelpunkt rücke, der könne „keine Liberalisierung und keine 24 Stunden wollen, auch nicht

wochentags. Denn das ist familiären, sozialen und menschlichen Kontakten gegenüber feindlich“.

Dietmar Brookes (FDP) wies die Behauptung zurück, die FDP wolle auch sonntags die Läden öffnen – „mitnichten“! Es gehe um die Öffnung an allen Werktagen, alles andere sei falsch. Dann fuhr er fort: „Was wir allerdings mehr wollen, ist die Öffnung von Videotheken und der Betrieb von Autowaschanlagen an Sonn- und Feiertagen.“ Darüber werde man zu gegebener Zeit in der Koalition sprechen und eine gemeinsame Lösung finden.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) betonte: „Die Erhaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes entspricht der Position der Landesregierung.“ Dieser Schutz stehe nicht nur in der Verfassung, „sondern ist nach unserer tiefen Überzeugung auch ein Stück kultureller Wurzel“, egal ob man es mit der Meinung

der Kirche oder dem Schutz der Familie begründe. Da gebe es mit der CDU kein „Rütteln“. Die Landesregierung werde, wenn die Voraussetzungen auf Landesebene vorlägen, ihre Position zum Thema Ladenschluss (Thoben: „Die 6-mal-24-Regelung“), also die Freigabe der Ladenschlusszeiten an Werktagen, schnell umsetzen.



Noch müssen in NRW die Einkaufswagen nach 20 Uhr stehen bleiben.

Einzellösung contra Gesamtkonzept

Grüne wollen Entfernungspauschale auf 15 Cent absenken

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Landtag den Antrag „Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit von Schwarz-Gelb bei der Forderung nach der Abschaffung der Entfernungspauschale?“ (Drs. 14/37) debattiert und in direkter Abstimmung mit CDU, FDP und SPD abgelehnt.

Oliver Keymis (GRÜNE) rechnete vor, wenn, wie von seiner Partei vorgeschlagen, die Entfernungspauschale auf 15 Cent pro Kilometer abgesenkt, und die Eigenheimzulage wie von den Grünen gewollt, wegfallen würde, könnte der Staat in Bund und Ländern 4,2 Milliarden mehr einnehmen. In NRW könnte dann der Haushalt saniert werden, ohne rund 100.000 Mieterhaushalte durch den geplanten Verkauf der LEG in tiefe Verunsicherung zu stürzen.

Volkmar Klein (CDU) hielt nichts davon, „eine steuerpolitische Einzelfrage aus dem Gesamt-

zusammenhang heraus zu brechen und einzeln zu entscheiden“. Der Sprecher: „Wir brauchen eine größere Perspektive in der Steuerpolitik.“ Die Entfernungspauschale bezeichnete er als Teil der sozialen Gerechtigkeit. Sie sei auch eine Reaktion auf das Steuerrecht, „das immer durch ziemlich hohe Steuersätze geprägt war“.

Dieter Hilser (SPD) teilte die Auffassung der SPD-Fraktion: Keine Abstriche an der gegenwärtigen Gestaltung der Entfernungspauschale. „Wir sind der Meinung, dass die Entfernungspauschale in ihrer Höhe auf absehbare Zeit

beibehalten werden muss.“ Wenn die Grünen Nachteile für Pkw-Benutzer in Kauf nähmen, sei das nicht der Standpunkt der SPD.

Angela Freimuth (FDP) fand auch, die Entfernungspauschale sei nicht isoliert, sondern in einem Gesamtkonzept zu behandeln. Wenn man über eine erhöhte Werbungskostenpauschale für nichtselbstständig Beschäftigte spreche, könnte die Entfernungspauschale obsolet werden.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) fragte sich, wo bei der geforderten Absenkung auf 15 Cent durch die Grünen die soziale Gerechtigkeit bleibe, die die Partei angeblich bei Schwarz-Gelb vermisst. Auch er gab den Vorzug einem steuerlichen Gesamtkonzept, bei dem etwa der Grundfreibetrag auf 8.000 Euro erhöht wird. Es sei also richtig, wenn der Antrag abgelehnt werde.

Busse sind nicht die Stinker in Städten

Grüne verlangen eine kurzfristige Nachrüstung mit Rußfiltern

Unterschiedliche Strategien bei der Nachrüstung der bestehenden Flotte haben die Grünen im Landtag veranlasst, die Landesregierung im Antrag „Städte und Gemeinden bei der Reduzierung der Feinstaubbelastung zu unterstützen: Dieselrußfilter bei ÖPNV-Busse kurzfristig nachrüsten“ (Drs. 14/36) zu einer Vereinbarung mit allen neun Zweckverbänden zu drängen oder aber die Förderrichtlinien umzustellen (ÖPNV = Öffentlicher Personennahverkehr).

Johannes Remmel (GRÜNE) wies darauf hin, dass die Hauptverkehrsstraßen, die aufgrund des Verkehrsaufkommens hohe Belastungen bei Feinstaub aufweisen, in aller Regel auch die Hauptachsen des öffentlichen Personennahverkehrs sind. „Die Unternehmen des ÖPNV müssen deshalb kurzfristig die gesamte Busflotte mit einem Rußpartikelfilter ausrüsten“, betonte der Sprecher. Bei bestimmten Verkehrsunternehmen sei „eine gewisse Zurückhaltung“ zu spüren, bemängelte Remmel. Sie verfolgten eine langfristige Strategie der Umrüstung im Rahmen der Ersatzbeschaffung. Mit dem Antrag wolle seine Fraktion erreichen, „dass ein bestimmtes Kontingent aus der Fahrzeugförderung des Landes für die Nachrüstung der Busse mit einem leistungsfähigen Partikelfilter reserviert wird“. Es sollte ein Anreizsystem für eine kurzfristige Nachrüstung geschaffen und eine Verständigung mit allen Beteiligten erreicht werden.

Gerhard Lorth (CDU) bemängelte das Fehlen eines abgestimmten langfristigen Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Feinstaub auf Bundesebene. Der GRÜNE-Antrag gehe zu Lasten der Neubeschaffung von Bussen, führe zur Verringerung der Betriebsleistungen und löse das Problem der Schadstoffentlastung nicht nachhaltig. Die gewünschte Änderung der Förderungsvorgabe bedeute eine weitere Gängelung der Kommunen, sie laufe darauf hinaus, in die Rechte der Verkehrsaufgabenträger einzugreifen und Kompetenzen wieder auf das Land zurückzuverlagern: „Wir sind hier völlig anderer Auffassung, weil wir der Meinung sind, dass die demokratisch gewählten Gremien auf kommunaler und regionaler Ebene dies am besten verantwortlich selbst entscheiden können“, betonte Lorth und machte darauf aufmerksam, dass die durch Busse verursachte

Feinstaubbelastung eine „zu vernachlässigende Komponente“ ist.

Bodo Wißen (SPD) fand, Busse und Bahnen trügen nur mit ein bis zwei Prozent zur Feinstaubemission in Deutschland bei: „Das Feinstaubproblem wird also nicht durch den ÖPNV verursacht.“ Der Antrag vermittelte aber den Eindruck, „als seien ÖPNV-Busse reine Dreckschleudern. Das ist nicht richtig“. Ein Fahrgast im Bus verursache bis zu vierhundertmal weniger Feinstäube als der Fahrer eines Diesel-Pkw, rechnete Wißen vor und meinte, der Antrag greife viel zu kurz. Es gehe nicht nur um immer neue Filtertechniken, sondern weitere Maßnahmen im Bereich der Luftreinhaltung, um Verkehrslenkung, Verkehrsberuhigung, Förderung des Radverkehrs in den Städten und den Einsatz alternativer Antriebstechnologien. Gerade im Bereich des ÖPNV biete sich der Erdgasantrieb an.

Christof Rasche (FDP) wunderte sich, dass gerade die Fraktion, die in der Vergangenheit für „Stau und Stillstand“ in der Verkehrspolitik verantwortlich war, in dieser Legislaturperiode den ersten Antrag zur Verkehrspolitik stelle. Um das Problem anzugehen, benötige man ein bundesweites Gesamtkonzept und nicht eine Umstellung der förderrechtlichen Vorgaben,

die die Grünen selbst mit beschlossen hätten. Jetzt wolle man die Unternehmen zwingen, in die bestehende Busflotte kurzfristig zu investieren und nachzurüsten: „Sie wollen also erneut einseitig in die Unternehmenspolitik eingreifen. Erneut spielen bei Ihnen betriebswirtschaftliche Aspekte überhaupt keine Rolle.“ Diese Staatsgläubigkeit sei falsch.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) erklärte, NRW sei das einzige Flächenland mit einer gesetzlich garantierten ÖPNV-Fahrzeugförderung, für die in diesem Jahr 108 Millionen Euro bereitgestellt würden. Bei der Ausgestaltung habe die Landesregierung stets auf die kommunale Eigenverantwortung und Eigeninitiative gesetzt, erklärte der Minister und bekundete sein Vertrauen auf das Prinzip der Selbstverantwortung. Er kündigte Gespräche mit den Verantwortlichen bei Kommunen, Verbänden und in den Unternehmen an, „um sie bei ihrer Nachrüstungsstrategie zu beraten und zu unterstützen“. Wittke: „Der ÖPNV ist zwar nicht maßgeblicher Verursacher der Feinstaubbelastung, sollte aber dennoch einen konsequenten Beitrag zum Umwelt- und zum Gesundheitsschutz über das gesetzliche Maß hinaus leisten.“

Bislang noch ein Bild mit Seltenheitswert: Drei der insgesamt 365 Busse der Rheinbahn können mit Erdgas betrieben werden. Diese stammen aus dem Jahre 1996.

Foto: Rheinbahn



Ansprechpartner der Bürger

Neue und alte Koalition streiten über die Reform der Polizei

Weniger Polizisten an Schreibtischen und mehr auf die Straße - dieses Reformziel soll durch die Reduzierung der Zahl der Polizeibehörden erreicht werden. Die GRÜNE-Fraktion bezog sich in ihrem Antrag „Neuordnung der Polizei für mehr Sicherheit umsetzen“ (Drs. 14/24) auf Bestrebungen von SPD, Grünen und FDP, auf der Grundlage eines Kommissionsberichts die Kreispolizeibehörden neu zu organisieren. Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde der Antrag vor der Sommerpause abgelehnt.


Monika Düker (GRÜNE) warb in dieser Sache für eine Koalition der Vernunft für bessere Strukturen in Nordrhein-Westfalen. Die sollte sich gegen „Lobbyinteressen der Landräte“ durchsetzen. Nötig sei, die jetzt 50 Kreispolizeibehörden auf zwölf bis 16 zu reduzieren, das hätten auch alle anderen Bundesländer gemacht. Die Landesregierung forderte sie auf, den Mut zu dieser strukturpolitischen Entscheidung für mehr Sicherheit aufzubringen. „Machen Sie die Innenpolitik Nordrhein-Westfalens nicht zur bundesweiten Lachnummer“, forderte sie den Innenminister des Landes auf.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) verwies darauf, dass die Behördenstrukturen in diesem Bereich ein halbes Jahrhundert alt seien und den Anforderungen der Zeit angepasst werden müssten. Die Regierung wolle zwar die Bezirksregierungen und die Landschaftsverbände abschaffen, „aber dort, wo Sie die Chance haben, sofort und ohne großen Aufwand mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land umzusetzen, herrscht vom ersten Tag des Regierens an Reformstillstand“. Ob es wirklich dabei bleiben solle, dass es in NRW 50 Behörden gebe, die für die innere Sicherheit zuständig seien? Durch eine gute Polizeireform kämen über 2.000 Polizisten zusätzlich in den Streifendienst. Dafür habe sich bis vor kurzem auch die FDP noch eingesetzt.

Theodor Kruse (CDU) stellte fest: „Ihre einzige Intention ist es, die Unterschiede zwischen FDP und CDU verdeutlichen zu wollen.“ Es sei richtig, dass die neuen Koalitionspartner hinsichtlich einer weitergehenden Strukturreform unterschiedliche Auffassungen verträten. Dennoch gebe es ein außerordentlich hohes Maß an Gemeinsamkeiten. Darum beginne mit dem Ergebnis der Landtagswahlen vom 22. Mai ein neues Kapitel der inneren Sicherheit in NRW, betonte Kruse: „Die Neuausrichtung dieser Politik erfordert Zeit, Kraft und Mut. Wir sind dazu bereit.“ Man lade die anderen Parteien ausdrücklich zur Mitarbeit ein.

Horst Engel (FDP) warf Rot-Grün vor, sie hätten vor einem Jahr die Tür für eine frühzeitige Neuorganisation zugeschlagen. Jetzt gehe das nicht mehr. Angesichts von Weltjugendtag und Fußball-Weltmeisterschaft-Standorten in NRW habe man keine Zeit mehr zum „Üben“. Seine Partei sei für die Binnenreform nach dem Grundsatz, „weniger verwalten, mehr fahnden“. Zurück zu den Kernaufgaben Gefahrenabwehr, Prävention,

Hauptunfallursachen und Kriminalitätsbekämpfung. Die alte Koalition habe dagegen das aus der Privatwirtschaft stammende neue Steuerungsmodell ohne Prüfung auf Tauglichkeit für die Polizei nahezu dogmatisch übertragen. Man habe Polizeiwachen geschlossen. Ziel der Reform der neuen Koalition sei, „1.840 Polizeibeamte, die den Steuerzahler richtig viel Geld kosten, dorthin zu bringen, wofür sie ausgebildet wurden, nämlich in den operativen Dienst“.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) betonte, die Neuordnung sei ein zentrales Anliegen der Landesregierung: „Wir wollen eine Stärkung der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen eine effiziente und effektive Polizei.“ Die Polizei solle Ansprechpartner der Bürger in Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sein. Wolf: „Wir wollen weniger Straftaten. Wir wollen die Aufklärungsquote verbessern.“ Dazu werde die Organisation gestrafft und die Polizei auf ihre Kernaufgaben konzentriert und vor allem die Präsenz der Polizei erhöht. Es gebe keinen Königsweg; Aufgabe des Innenministeriums sei, die Vorstellungen der Koalitionspartner und alle weiteren Vorschläge in die Überlegungen zur Optimierung der Polizeiorganisation einzu beziehen. Da nicht mehr Beamte eingestellt werden könnten, „müssen wir auf andere Weise versuchen, Personal für den unmittelbaren Dienst am Bürger zu gewinnen“, betonte der Minister und wunderte sich über die „Krokodilstränen“ der alten Koalition über die nicht zustande gekommene Reform – das stelle der früheren Regierungsarbeit ein „katastrophales Armutszeugnis“ aus. 

Immer ein offenes Ohr für die Bürger: Nicht selten werden die Polizeibeamten vor dem Landtag von Passanten angesprochen und um Rat gefragt.

Foto: Schälte



„Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“

Innenminister lehnt flächendeckende Videoüberwachung in NRW ab

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) nutzte die erste reguläre Sitzung des Innenausschusses (Vorsitz Winfried Schittges, CDU), um den Abgeordneten die innenpolitischen Schwerpunkte der schwarz-gelben Landesregierung vorzustellen: „Wir werden in Nordrhein-Westfalen eine Kultur des Hinsehens etablieren“, kündigte der Minister an. Gleichzeitig erteilte er Forderungen, eine flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raumes nach englischem Vorbild auch hierzulande einzuführen, eine klare Absage. Grundlage einer verantwortungsvollen Innenpolitik müsse es sein, „Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“ zu wahren.

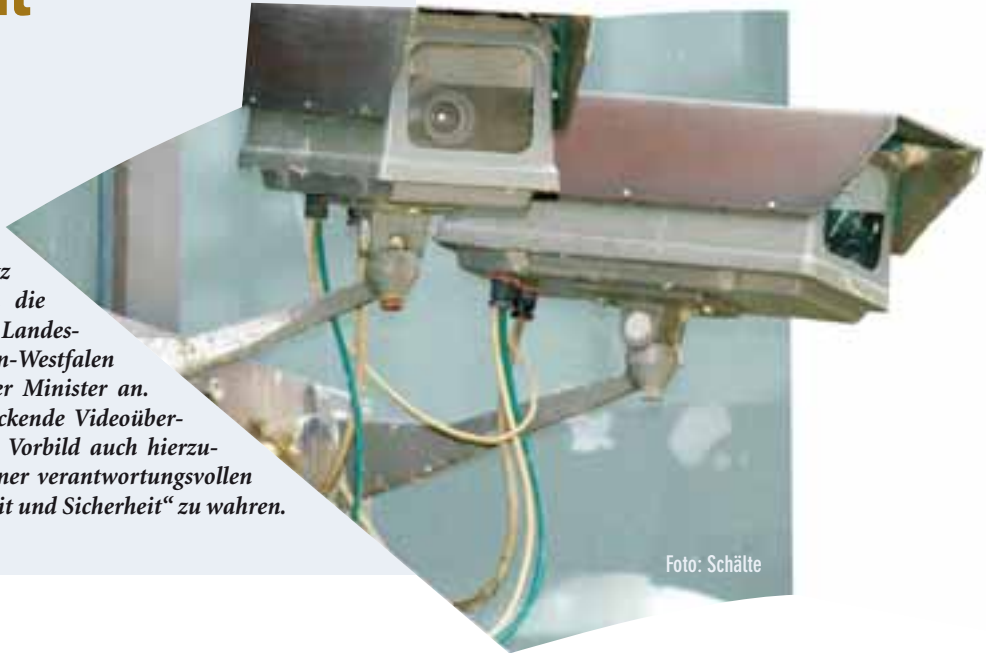


Foto: Schälte

Mit einer Änderung des Polizeigesetzes hatte der nordrhein-westfälische Landtag im Juli 2003 die Regelungen für die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen durch die Polizei gelockert. Bislang nutzen aber lediglich vier der insgesamt 49 Kreispolizeibehörden in NRW die gesetzliche Möglichkeit der Videoüberwachung, berichtete Landeskriminaldirektor Rolf Behrendt dem Innenausschuss. Gefilmt wird in Bielefeld, Coesfeld, Düsseldorf und Mönchengladbach.

Die Terroranschläge in London und die dort praktizierte, nahezu lückenlose Videoüberwachung des gesamten innerstädtischen Bereichs haben auch in NRW Forderungen nach einer deutlichen Ausweitung der Videoüberwachung laut werden lassen. Doch wie bereits der Innenminister warnte auch Behrendt vor „Schnellschüssen“: Das Beispiel London habe gezeigt, dass durch die Videoüberwachung öffentlicher Plätze die Attentate nicht verhindert werden konnten. Bei der Fahndung und Aufklärung hingegen habe sie sich als „wichtig und wirkungsvoll“ erwiesen. Ein abschließendes Urteil blieb er aber schuldig. Fachgremien der Innenministerkonferenz prüften derzeit das Für und Wider solcher Überwachungen.

Auch Innenminister Dr. Wolf (FDP) versuchte zu relativieren: „Ein absoluter Schutz vor Terroristen ist in einer offenen Gesellschaft, für die ich mit allem Engagement eintrete, kaum möglich.“ Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nannte Wolf eine weitere Stärkung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) in Berlin und die Schaffung einer gemeinsamen Anti-Terror-Datei von Polizei

und Nachrichtendienst als „den angemessenen Weg“. Persönlich setze er sich dabei für die Schaffung einer Index-Datei ein.

Darüber hinaus kündigte der Innenminister grundlegende Änderungen bei der Polizei an: Ziel sei es, die Polizeistrukturen zu straffen und somit mehr Beamte für Fahndung statt für Verwaltung einzusetzen. Die Polizei soll aus der Zuständigkeit der Regierungspräsidien herausgelöst werden. Zudem soll durch die Zusammenlegung von Inspektionen und Leitstellen Personal für den Streifendienst freigestellt werden. Die Landräte bleiben indes weiter zuständig für Polizei.

DIGITALFUNK

Als weiteres Ziel nannte Wolf die zügige Einführung des Digitalfunks. „Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass Deutschland im Bereich der polizeilichen Kommunikation das Schlusslicht in Europa ist.“ Trotz der schwierigen Haushaltslage wolle er hierfür in den nächsten Jahren rund 250 Millionen Euro bereitstellen. Vermutlich werde es jedoch nicht gelingen, den Polizeifunk bis zur Fußballweltmeisterschaft komplett umzustellen. Nur in Köln und im Aachener Grenzgebiet werde dies voraussichtlich gelingen. Besser sieht es da schon bei der Reiterstaffel der Polizei aus. Geplant sind zwei landesweite Reiterstaffeln mit jeweils 25 Pferden. Diese sollen bereits bei der Fußball-WM zum Einsatz kommen.

Noch in dieser Legislaturperiode will Wolf den finalen Rettungsschuss, also die Tötung eines Täters im äußersten Notfall, gesetzlich

verankern, um Rechtssicherheit für die Polizeibeamten zu schaffen.

Für die Opposition erklärten Dr. Karsten Rudolph (SPD) und Monika Düker (GRÜNE), Wolfs Konzept sei enttäuschend. Es sei nicht ersichtlich, wie der Innenminister sein Ziel, mehr Polizeibeamte in den Streifendienst zu verlagern, tatsächlich erreichen wolle. „Auch von den groß angekündigten Neuerungen keine Spur“, so Düker weiter. Wolf wies die Kritik zurück: „Wir können in 60 Tagen nicht aufholen, was zuvor in langen Jahren versäumt wurde.“

Mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehende Fußballweltmeisterschaft gab sich Wolf zuversichtlich: „Wir sind gut gerüstet“, das habe der engagierte und besonnene Einsatz von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und den Hilfsorganisationen beim Weltjugendtag gezeigt. **ax**

Blick ins Polizeigesetz NRW

„Zur Verhütung von Straftaten kann die Polizei einzelne öffentlich zugängliche Orte, an denen wiederholt Straftaten begangen wurden und deren Beschaffenheit die Begehung von Straftaten begünstigt, mittels Bildübertragung beobachten und die übertragenen Bilder aufzeichnen, solange Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass an diesem Ort weitere Straftaten begangen werden. Die Beobachtung ist, falls nicht offenkundig, durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen.“

(Auszug aus § 15a PolG NRW: Datenerhebung durch den offenen Einsatz optisch-technischer Mittel)

„Weniger verwalten – mehr fahnden“

Interviews mit den innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern

Die jüngsten Terroranschläge in London haben auch hierzulande die Menschen verunsichert. Der Ruf nach strengeren Kontrollen und härteren Gesetzen wird lauter. Doch bedeutet mehr Überwachung zwangsläufig mehr Sicherheit? Einen hundertprozentigen Schutz kann es nicht geben. Trotzdem ist die Frage erlaubt, wie es in Nordrhein-Westfalen derzeit um die Sicherheit bestellt ist – gerade im Hinblick auf die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft. „Landtag intern“ sprach darüber mit Theodor Kruse (CDU), Dr. Karsten Rudolph (SPD), Monika Düker (GRÜNE) und Horst Engel (FDP).

Das Bundesverfassungsgericht verbietet die präventive Telefonüberwachung nach niedersächsischem Vorbild. Gleichzeitig fordern viele Politiker eine härtere Gangart bei der inneren Sicherheit. Gibt es ähnliche Bestrebungen auch in NRW?

Kruse: Die Entscheidung der Richter des Bundesverfassungsgerichts haben wir mit Respekt zur Kenntnis genommen, diese schwächt aber die Polizei im Kampf gegen den Terrorismus. Datenschutz darf nicht dazu führen, dass ein effektives Handeln der Polizei nicht mehr möglich ist. Für NRW bedeutet das, dass wir das



Theodor Kruse (CDU)

Urteil detailliert prüfen und bei einem etwaigen Gesetzesvorhaben in NRW berücksichtigen werden. Gegebenenfalls werden wir eine Modernisierung der Strafprozessordnung im Grundgesetz anregen. Die Zeit, aus der das Grundgesetz stammt, lässt sich nicht mit der heutigen Gefährdungslage vergleichen. Hier sind Veränderungen seitens des Staates überlegenswert.

Dr. Rudolph: Das Bundesverfassungsgericht hatte zwei Gründe, die präventive Telefonüberwachung, wie in Niedersachsen praktiziert, abzulehnen. Zum einen aus formellen Gründen, da in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht

beim Bund liegt. Zum anderen aus materiellen Gründen, weil die Karlsruher Richter die Begründung für Telefonüberwachungen als zu unspezifisch werteten. Vor diesem Hintergrund gehe ich nicht davon aus, dass NRW die gleichen Fehler begehen wird. Abgesehen davon ist die Frage legitim, ob die derzeitigen Mittel der inneren Sicherheit hierzulande ausreichen, oder ob sie punktuell verschärft werden müssen. Wir sollten uns noch darüber im Klaren sein, dass es einen hundertprozentigen Schutz vor terroristischen Anschlägen niemals geben kann.

Düker: Die vermeintlich einfache Gleichung mancher Politiker: mehr Überwachung gleich mehr Sicherheit geht nicht auf. Einen absoluten Schutz vor Terroranschlägen kann es nicht geben. Wer dieses verspricht, handelt unredlich. Das zeigen auch die Ereignisse in London: Die flächendeckende Videoüberwachung hat die Anschläge nicht verhindern können. Was immer wir im Hinblick auf eine bessere Prävention und Bekämpfung von Terrorismus in Erwägung ziehen: Oberste Maxime unserer Politik muss immer das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit sein. Sicherheit ohne Freiheit ist kein erstrebenswertes Ziel. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zur präventiven Telefonüberwachung die Grenze richtig gesteckt: Die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel!

Engel: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stellt klar, dass es im Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit einer ausgewogenen und verfassungsgemäßen Balance bedarf. Auch in Zeiten, wo schreckliche Anschläge wie die in London und Madrid passieren, darf der Staat nicht abstrakte Sicherheitsgesetze erlassen und nicht hinreichend



Dr. Karsten Rudolph (SPD)

bestimmte polizeiliche Eingriffe erlauben. Daher spricht sich die FDP-Fraktion gegen die präventive Telefonüberwachung auf Landesebene aus. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind auf Bundesebene abschließend in der Strafprozessordnung geregelt. Ein zentraler Punkt ist für uns die Beseitigung bestehender Vollzugsdefizite bei den Sicherheitseinrichtungen. Die Freiheit des Einzelnen ist das Immunsystem unserer weltoffenen Gesellschaft. Es muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass nicht viele „Viren“ das Gesamtsystem kippen.

Großereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft 2006 stehen vor der Tür. Ist NRW für diese Herausforderung gut gewappnet – auch ohne den digitalen Polizeifunk?

Kruse: Ob es möglich sein wird, den digitalen Polizeifunk bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in NRW einzuführen, ist fraglich. Wir werden uns aber auf Bundesebene für ein gemeinsames Lage- und Analysezentrum von Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundeskriminalamt einsetzen. Zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden halten wir außerdem die Einrichtung einer zentralen Anti-Terror-Datei für dringend notwendig, um den Informationsaustausch unter den Sicherheitsbehörden zu verbessern. Darüber hinaus müssen wir die Instrumente, die das Zuwanderungsgesetz seit dem 1. Januar 2005 bereithält, konsequent anwenden.

Dr. Rudolph: Mit Blick auf die Fußball-WM 2006 war der Weltjugendtag sicherlich eine wichtige Erfahrung: Wir werden uns von den Sicherheitsexperten erklären lassen, was gut funktioniert hat und wo nachgebessert werden muss. In der Frage der technischen Hilfsmittel sind wir in NRW relativ weit. Noch im letzten Nachtragshaushalt hat der Landtag 275 Millionen Euro eingestellt, um Polizei- und Rettungskräfte rechtzeitig zur WM mit digitaler Funktechnik auszustatten. Das Problem ist, dass der Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums zur Einführung des Digitalfunks derzeit im Vermittlungsausschuss des Bundesrates auf Eis liegt. Einige unionsgeführte Länder fordern eine Überarbeitung des Entwurfs. Aufgrund dieser Blockade rechne ich nicht mehr damit, dass wir den Digitalfunk rechtzeitig verfügbar machen können.

Düker: Polizei und Rettungsdienste haben den Weltjugendtag gut über die Bühne gebracht. Die erfolgreiche Generalprobe lässt für die Weltmeisterschaft hoffen, auch wenn dort auch andere



Monika Düker (GRÜNE)

Gäste zu erwarten sind. Dennoch brauchen wir den digitalen Polizeifunk. Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass unsere Vorarbeiten zur Einführung des Digitalfunks weitergeführt werden und unsere Polizei den Digitalfunk so schnell wie möglich einsetzen kann. Weitere Verzögerungen können wir uns im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht leisten.

Engel: Die Polizei in NRW leistet vorbildliche Arbeit und ist für Großereignisse wie die WM 2006 gut gewappnet. Dies hat der überaus

erfolgreiche Verlauf des Weltjugendtages mit über einer Millionen Menschen in Köln und Umgebung gezeigt. Hingegen verlangt das Hooliganproblem natürlich ergänzende Einsatzkonzeptionen. Auch können Terroranschläge nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Aber eine effektive länderübergreifende Arbeit bereits im Vorfeld der WM, die Präsenz der Polizei und gezielte Kontrollen an gefährdeten Orten werden den Besuchern größtmögliche Sicherheit bieten. Der digitale Polizeifunk muss ungeachtet hiervon schnellstmöglich flächendeckend eingeführt werden. NRW wird hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Neuordnung der Polizei ist angekündigt. Mehr Präsenz auf der Straße ist gewollt. Lässt sich dies mit den geplanten Mitteln der derzeitigen Landesregierung realisieren und finanzieren?

Kruse: Aus dem vorhandenen Personal der Landesverwaltung werden wir qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen, die die Verwaltungsarbeit bei der Polizei übernehmen. Durch diese Maßnahmen entstehen keine Mehrausgaben, weil die Binnenorganisation optimiert wird. Durch die Bündelung von besonderen Aufgaben – zum Beispiel Mordkommission, Staatsschutz und Terrorbekämpfung – werden überflüssige Bürokratiestrukturen abgeschafft und Effizienzgewinne erzielt. Außerdem werden die bisher bei den Bezirksregierungen angesiedelten Polizeiabteilungen aufgelöst und verbleibende Aufgaben an Polizeibehörden verlagert. Auch durch diese Umstrukturierungen werden Synergieeffekte erzielt und Kosten eingespart.

Dr. Rudolph: Wer mehr Polizei auf die Straße bringen möchte, muss eine grundlegende Polizeireform wagen. Diese wird anfangs zwar mehr Geld kosten, auf längere Sicht jedoch strukturelle Einsparungen ermöglichen. Die jetzige Landesregierung lässt jedoch eine grundlegende Polizeireform vermissen, da sich CDU und FDP nicht auf ein Wie einigen können. Der neue Innenminister beweist zudem wenig Weitblick, wenn er jetzt an einigen Stellen wie der Autobahnpolizei, der Wasserschutzpolizei und der Reiterstaffel eine Neuordnung ankündigt, ohne dass ein tatsächlicher Nutzen



Horst Engel (FDP)

Fotos: Schälte/Meyer

erkennbar ist. Mein Vorschlag: eine gut vorbereitete, grundlegende Polizeireform, die nach der Fußball-WM startet.

Düker: Die Pläne der neuen Landesregierung für die Neuordnung der Polizei bringen nicht mehr Polizei auf die Straße. Nicht Flickschusterei an einzelnen Teilen der Polizeiorganisation ist notwendig, sondern ein Konzept aus einem Guss. Rot-Grün hatte mit der deutlichen Reduzierung der Behörden ein solches Konzept, welches Einsparungen und mehr Personal auf der Straße gebracht hätte. Für diese Reform fehlt der neuen Landesregierung aus Rücksicht auf die Lobby-Interessen der Landräte der Mut. Nur mit der Einführung der Reiterstaffeln und dem „Reförmchen“ bei der Autobahnpolizei lässt sich die Polizei nicht fit machen für die neuen Herausforderungen im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Die Chance für eine wirkliche Neuordnung der Polizei und damit für mehr Sicherheit wird von Schwarz-Gelb ohne Not verspielt.

Engel: Für die Neuanstellung von dringend benötigten Polizeibeamten über den Pensionsausgleich hinaus fehlt das Geld, da Rot-Grün eine katastrophale Haushaltslage mit mehr als 109 Milliarden Euro Schulden hinterlassen hat. Einzige Möglichkeit, mehr Polizisten auf die Straße und zum Bürger zu bringen, ist eine Binnenreform der Polizei. Dabei werden 1.840 Beamte aus der Verwaltung für den operativen Dienst im Wach- und Wechseldienst, Bezirks- und Ermittlungsdienst gewonnen. Weniger verwalten – mehr fahnden ist das Ziel.

Die Interviews führte Axel Bäumer.

Problem: Steigendes Grundwasser

Unterausschuss „Bergbausicherheit“ wird eingerichtet

In der Vergangenheit kümmerte sich der Landtagsausschuss für Grubensicherheit um Gesundheitsschutz und Sicherheit der Bergarbeiter. In der laufenden Legislaturperiode wurde dieser Arbeitsbereich dem Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zugewiesen, der in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause unter dem Vorsitz von Hans Joachim Reck (CDU) einstimmig die Einsetzung eines Unterausschusses für Bergbausicherheit beschloss. Dieser wird sich künftig auch mit den Auswirkungen von Zechenbetrieben und Tagebau auf die Bevölkerung der betroffenen Gebiete befassen.

Für das Amt des Vorsitzenden und des Stellvertreters sind Josef Hovenjürgen (CDU) und Uwe Leuchtenberg (SPD) vorgesehen. Die ordentlichen Mitglieder des Unterausschusses – vier von der CDU, drei von der SPD und jeweils ein Vertreter von FDP und Grünen – sowie ihre Stellvertreter werden von den Fraktionen bis zur konstituierenden Sitzung benannt. Zu den Pflichten des Gremiums gehört, dass seine Mitglieder sich bei Ereignissen entsprechender Größenordnung auch durchaus persönlich auf den Weg zum Ort des Geschehens machen. Der Ausschuss, so heißt es im Beschluss, wird sich „im Einzelfall über solche Grubenunglücke, bei denen zwei oder mehr Personen getötet bzw. drei oder mehr Personen verletzt oder unter Tage eingeschlossen worden sind“ durch Begehung der Unfallstelle über die Konsequenzen für Leib und Leben

der Arbeiter unterrichten. Außerdem sollen Betriebe und Forschungseinrichtungen besucht werden. Zum Ende der Legislaturperiode wird dem übergeordneten Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie ein Bericht vorgelegt.

WASSERSCHÄDEN

Reiner Priggen (GRÜNE) kündigte an, in einer der ersten Sitzungen des Unterausschusses erneut die Auswirkungen des Grundwasseranstiegs im Aachener Revier zum Thema zu machen. Die Anwohner hätten von Problemen durch die Stilllegung der Steinkohle-Zeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven berichtet, die über die von der Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, Christa

Thoben, genannten Schäden hinaus gingen. Die Fraktion der Grünen hatte einen Bericht der Landesregierung zum Sachverhalt beantragt.

Um Kohle fördern zu können, muss das vorhandene Grundwasser durch leistungsstarke Pumpen

entfernt werden. Mit der Schließung der Zeche Sophia-Jacoba 1997 stellten auch die Pumpen ihre Arbeit ein. Dadurch kann das vorher verdrängte Grundwasser zurückfließen und in die Erdschichten über den Kohlevorkommen vorstoßen. Infolgedessen hebt sich der Boden. Passiert das gleichmäßig, treten keine Schäden auf. Verläuft jedoch die Bruchlinie beispielsweise genau unter einem Gebäude, kann diesem der Abriss drohen.

HAFTUNG

In den letzten Jahren seien 120 Objekt- und fünf Straßenschäden beim Eschweiler Bergwerksverein AG (EBV AG) gemeldet worden, so der Bericht der Landesregierung. Dabei handele es sich um „Rissbildungen mit zum Teil erheblichem Vertikalversatz“. Einfacher ausgedrückt: Höhenunterschiede im Boden von bis zu 15 Zentimetern lassen besagte Risse aufspringen. An die Adresse der betroffenen Anwohner und Hauseigentümer gibt die Ministerin jedoch Entwarnung. Für Bergschäden – und dazu gehörten die Folgen ansteigender Grundwasserspiegel – hafte der Unternehmer, welcher den Betrieb zur Zeit der Verursachung des Schadens betrieben habe. Zu klären sei dies auf privatrechtlicher Ebene zwischen den Beteiligten. Die EBV AG habe ihre Verantwortung für die Wasserschäden im Aachener Revier grundsätzlich anerkannt.

VORSORGE

Kann eindeutig ausgeschlossen werden, dass es zu derartigen Problemen auch nach Einstellung des Bergbaus am Niederrhein und im Ruhrgebiet kommt, wollte die antragstellende Fraktion wissen. Würden dafür bereits Vorsorgemaßnahmen seitens der Landesregierung getroffen?

Es sei nicht auszuschließen, dass auch nach Beendigung des Bergbaus an Rhein und Ruhr der Grundwasserspiegel steige, so Ministerin Thoben. Über Umfang und Schadenshöhe könne jedoch nicht spekuliert werden. Der Zusammenhang zwischen Bodenwölbungen und Grundwasserrückfluss gelte zwar als belegt, jedoch seien Prognosen beim derzeitigen Erkenntnisstand mit großen Unsicherheiten behaftet. Der Schadenersatz obliege im Weiteren dem Haftungspflichtigen – also dem Bergbaubetreiber – der daher auch dementsprechend Vorsorge zu leisten habe. YV

Viele neue Gesichter: Vor Beginn der Sitzung verschafften sich Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) und Ausschussvorsitzender Hans-Joachim Reck (CDU) erst einmal einen Überblick.

Foto: Meyer



Der Einschluss erfolgt in jeder Haftanstalt nach einem festen Zeitplan: Eine Justizvollzugsbeamtin bei der Arbeit.

Wohin mit dem neuen Gefängnis?

Standortsuche für Ersatzbau weiterhin offen

NRW benötigt im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf eine neue Justizvollzugsanstalt (JVA). Diese soll mit 850 Plätzen die Gefängnisse in Düsseldorf, Duisburg-Hamborn und Oberhausen ersetzen. Doch keine Kommune will den Knast vor der eigenen Haustür haben. Bereits 2001 begab sich die damalige Landesregierung auf die Suche nach einem geeigneten Standort. Und auch unter der jetzigen Regierung verlief die Suche bislang erfolglos. Dabei sind sich alle Beteiligten einig: eine schnelle Lösung muss her. Mit der Frage, wie die aussehen könnte, befasste sich jetzt zum wiederholten Male der Rechtsausschuss unter Vorsitz von Dr. Robert Orth (FDP).



und an seine Kapazitätsgrenzen stoßende JVA Düsseldorf, im Volksmund auch „Ulmer Höh“ genannt, in die Diskussion. Doch die Stadt Düsseldorf winkte ihrerseits direkt ab: Die aus dem Jahre 1893 stammende Haftanstalt sei nicht mehr zu sanieren und andere Flächen im Stadtgebiet kämen als Standort nicht in Frage.

SACHSTANDSBERICHT

In der Hoffnung, Licht ins Dunkel bringen zu können, setzte die GRÜNE-Landtagsfraktion diese Streitfrage jetzt zum wiederholten Male auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses und bat die neue Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) um einen Sachstandsbericht. Die Ministerin erklärte, dass die Finanzierung des Neubaus über den Landeshaushalt gesichert sei. Auch halte man an den Plänen fest, den Neubau bis zum Jahre 2008 zu realisieren. Probleme bereite allerdings weiterhin die Standortfrage. Das Ministerium habe bislang bereits mehr als 40 mögliche Standorte geprüft. Demnach sei das ausgediente Kaser-

engelände in Ratingen „sicherlich das am besten geeignete Areal“, so Müller-Piepenkötter. Gleichzeitig musste sie eingestehen, dass es derzeit noch keinen festen Zeitplan gebe: „Wir arbeiten mit Hochdruck an einer Lösung“, versicherte die Ministerin den Ausschussmitgliedern. Die Prüfung geeigneter Standorte gehe weiter.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Robert Orth (FDP) äußerte wenig Verständnis für die strikt ablehnende Haltung sowohl auf Ratinger als auch auf Düsseldorfer Seite. Da die Zeit drängt, müsse im schlimmsten Fall auch über eine Sanierung der „Ulmer Höh“ nachgedacht werden, so Orth, auch wenn dies „sicherlich die schlechteste Lösung ist“. Das empfindet auch die Ministerin so: Einer Sanierung des veralteten Gefängnisbaus in Düsseldorf erteilte sie eine klare Absage. Ihr Ministerium beschränke die Prüfung auf die Suche nach einer Neubau-Lösung.

In den Zuständigkeitsbereich der JVA Düsseldorf fallen die Landgerichte Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Kleve und Mönchengladbach. Zurzeit sitzen knapp 620 männliche Gefangene in der „Ulmer Höh“ hinter Gittern. Die Kosten für eine Sanierung würden sich laut Schätzung von Experten auf rund 30 Millionen Euro belaufen. **ax**

Noch im Frühjahr dieses Jahres schien alles in trockenen Tüchern. Nach intensiver Suche nach einem geeigneten Standort für den geplanten Gefängnisneubau wurde die damalige Landesregierung endlich fündig: Ein ehemals von den britischen Streitkräften genutztes Kasernengelände in Ratingen - direkt an der Grenze zu Düsseldorf - wurde als Standort für den 80 Millionen Euro teuren Neubau auserkoren. Man hoffte auf ein echtes Vorzeigeprojekt, da es zudem die erste teilprivatisierte Haftanstalt in NRW werden sollte.

Doch dann kam alles ganz anders. Die Ratinger Stadtverwaltung, ohnehin nicht sonderlich begeistert von den Plänen der Landesregierung, witterte plötzlich Morgenluft. Denn als Bauherr trat nicht etwa das Land Nordrhein-Westfalen auf, sondern der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB), eine privatisierte Gesellschaft. Von daher handelte es sich aus Sicht der Ratinger baurechtlich um ein privatwirtschaftliches Vorhaben, das die kommunale Planungshoheit nicht so einfach außer Kraft setzen kann.

Die Suche nach einem geeigneten Standort schien von vorne los zu gehen. Somit gerieten auch Sanierungspläne für die marode

Strafvollzug in NRW

In den 37 Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen sitzen zurzeit mehr als 18.000 Gefangene ein. Die Kapazitätsgrenze liegt momentan bei insgesamt 18.446 Haftplätzen. Davon entfallen 17.551 Plätze auf den Männervollzug und 895 Plätze auf den Frauenvollzug. Im offenen Vollzug stehen davon 4.286 Plätze (rund 23 Prozent) zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es fünf Jugendarrestanstalten mit insgesamt 189 Plätzen, darunter 22 Plätze für weibliche Arrestanten.

Die erwachsenen Strafgefangenen bilden mit etwa zwei Dritteln der Gesamtbelegung den größten Anteil im Justizvollzug. Rund 20 Prozent der Gefangenen befinden sich in Untersuchungshaft, acht Prozent im Jugendstrafvollzug. Etwa fünf Prozent aller Inhaftierten sind Frauen. Insgesamt haben allein im Jahre 2004 zirka 40.000 Gefangene den NRW-Vollzug durchlaufen.

Quelle: Justizministerium NRW

WELTJUGENDTAG

Ort der Begegnung zwischen Jugend, Politik und Kirche

Aktionen zum Weltjugendtag im Düsseldorfer Parlament

„Die Gemeinschaft mit Menschen unterschiedlichster Nationen zu erleben und internationale Gottesdienste zu feiern, ist eine unglaubliche Erfahrung“, schwärmt Florian (20). Thomas aus dem Allgäu ist mit dem Fahrrad zum Weltjugendtag gefahren. Fünf Tage sei er unterwegs gewesen, erzählt der 18-Jährige. Für Cassandra (17) aus den USA steht das Kennenlernen anderer Kulturen im Mittelpunkt. Der 23-jährige Kanadier Thibaut ist vor allem von der herzlichen Aufnahme der deutschen Gastfamilien begeistert. Diese vier Jugendlichen haben – wie viele andere Weltjugendtags-Pilger – die Gelegenheit genutzt, sich mit Politikern und Kirchenvertretern im nordrhein-westfälischen Landtag auszutauschen.

In der Bürgerhalle des Landtags herrschte eine ausgelassene Stimmung: Jugendliche standen und saßen zwischen prall gefüllten Rucksäcken, an denen Isomatte und Schlafsack befestigt waren, entspannten sich bei Musik internationaler Bands und diskutierten mit Politikern – das Parlamentsgebäude am Rhein öffnete seine Türen für die jungen Menschen aus aller Welt, die zum XX. Weltjugendtag nach Nordrhein-Westfalen gereist waren und wurde somit zu einem Ort der Begegnung.

Musik und Diskussionen standen anstelle von Ausschusssitzungen und politischen Debatten auf der Tagesordnung: An zwei Tagen beteiligte sich der Düsseldorfer Landtag am Kulturprogramm des Weltjugendtags. Die Bands Final Hour' aus den USA, St. Jude's Angels aus Kanada und Zisa Fernandes aus Brasilien sorgten für Stimmung. Die Pilger hatten außerdem die Möglichkeit, mit Landespolitikern ins Gespräch zu kommen.

„Das ist für mich und für uns alle ein bewegendes Moment, so viele junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen und aller Welt begrüßen zu können, die an diesem christlichen Jugendfestival teilnehmen“, betonte Landtagspräsidentin Regina van Dinther bei der Eröffnung der Veranstaltungen.

Zum Auftakt empfing van Dinther zwei hochkarätige Kirchenvertreter: Weihbischof Franz Grave aus dem Bistum Essen und Bischof Marcello Parentini aus der Diözese Jujuy (Argentinien) trugen sich in das Gästebuch des nordrhein-westfälischen Landtags ein.

Parlamentspräsidentin Regina van Dinther empfing Weihbischof Franz Grave aus dem Bistum Essen (links) und Bischof Marcello Parentini aus der Diözese Jujuy (Argentinien), die sich ins Gästebuch des Landtags eintrugen.

Bischof Parentini hob die „große brüderliche Verbundenheit“ der Bistümer Essen und Jujuy hervor und dankte für die finanzielle Unterstützung aus Deutschland, besonders durch die bischöfliche Aktion Adveniat. Ohne diese Hilfe wäre es in vielen Teilen seines Bistums nicht möglich, Gottesdienste zu feiern. Denn etwa 50 Prozent der Kirchen seien mit Hilfe von Adveniat finanziert worden, erklärte Parentini. Der Weltjugendtag sei von herausragender Bedeutung, so der Bischof weiter. „Dort, wo sich Jugendliche treffen, gibt es Hoffnung für die Zukunft“, unterstrich er den Stellenwert der internationalen Begegnungen in seiner Ansprache an die jungen Pilger aus aller Welt, die an diesem Nachmittag in den Landtag gekommen waren. Präsidentin van Dinther würdigte das Engagement Parentinis: „Er muss täglich dafür sorgen, 11.000 Kinder zu ernähren. Das sind ganz andere Sorgen als wir hier haben.“ Deshalb überreichte van Dinther Papst Benedikt XVI während des Weltjugendtags im Namen des nordrhein-westfälischen

Parlaments

Internationale Bands sorgten im Landtag bei den jungen Pilgern für Stimmung.

Fotos: Meyer

einen Scheck, der unter anderem für die Arbeit von Adveniat eingesetzt werden könne.

Bischof Grave bezeichnete die „wundervollen Begegnungen“ während des Weltjugendtags als „gegenseitige Bereicherung“. Er erinnerte außerdem an den gewaltsamen Tod des Gründers der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé, Roger Schutz, und forderte die Jugendlichen dazu auf, die Botschaft des „Architekten des Friedens“ nicht zu vergessen.

DISKUSSIONSSTOFF

Im Anschluss an die Begrüßungsworte wurde heftig diskutiert. Lea aus Bochum sprach das Thema an, das wohl vielen der jungen Besucher unter den Nägeln brannte. „Wie ist das zu vertreten, dass die Aidsrate in Afrika so hoch ist, die katholische Kirche aber den Gebrauch von Kondomen verbietet?“, wandte sich die 15-Jährige an die Kirchenvertreter. Die Lösung dieser Frage liege in der Anerkennung der Werte, des gegenseitigen Respekts und in einem starken Willen, ging Bischof Parentini auf die Frage ein.

Am zweiten Veranstaltungstag begrüßte neben Regina van Dinther der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet (CDU), die Jugendlichen im Düsseldorfer Parlamentsgebäude. Es sei eine tolle Idee, dass sich der Landtag an den Aktionen zum Weltjugendtag beteilige, war sich der Minister sicher:

„Wo sonst heftige politische Debatten stattfinden, trifft sich heute die Jugend der Welt.“ va



Der Griff zum Grünen Telefon

Seit 25 Jahren Ansprechpartner in Sachen Umweltschutz

Vor einem Vierteljahrhundert stand es in der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“: „Grüne Telefone“ sind bei den fünf Regierungspräsidenten des Landes in Betrieb gegangen. Die Begleitmusik ließ damals an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Jedes Telefon solle den Stellen vor Ort „Beine machen“, die Verantwortlichen in den Kommunen „auf Trab bringen“ und „müde Ämter munter machen“ – so der damalige Landesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans-Otto Bäumer (SPD), in einem Interview der Westdeutschen Zeitung zur Installierung der Telefone.

Insgesamt
1.473-mal wandten sich
im vergangenen Jahr die Men-
schen an die „Grünen Telefone“
der Regierungspräsidien.



Die Grünen Telefone wurden also unter ministeriellem Donnergetöse am 12. September 1980 frei geschaltet. Das mag am Temperament des Ministers gelegen haben, oder am Lösungsdruck, der sich auf dem politischen Bereich Umweltschutz aufgebaut hatte und ein Ventil suchte. Jedenfalls fand der ministerielle Ausbruch auch im nordrhein-westfälischen Landtag offene Ohren und ein aufmerksames Echo.

In einer Kleinen Anfrage wollten drei CDU-Abgeordnete wissen, ob es ein stilvoller Beitrag zur Politik ist, „wenn der Landwirtschaftsminister öffentlich ausführt, das Grüne Telefon sei von Bürgern anzurufen, die es leid sind, durch „Zuständigkeitschikaniererei“ oder Vertröstungen hingehalten zu werden. Die Leute vom Grünen Telefon, so habe der Minister in dem Interview weiter gepoltert, würden denen, wo es vor Ort schlecht oder gar nicht läuft, das Gähnen abgewöhnen und dafür sorgen, dass in rasantem Tempo den Hinweisen und Beschwerden nachgegangen werde. Spitze Zusatzfrage von Klaus Evertz, Konrad Grundmann und Wilhelm Droste (alle CDU): „Erwägt die Landesregierung, in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung ähnliche Einrichtungen zu schaffen?“

SPRACHROHR

Jetzt ist es ein Vierteljahrhundert her, dass der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein landesweites und bürgerfreundliches Sprachrohr geschaffen worden ist. Und es klingt immer noch in Arnberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster: 1.473-mal wandten sich im vergangenen Jahr die Menschen an die Grünen

Telefone der Regierungspräsidien. Schwerpunkte waren Lärmschutz, Luftverunreinigungen, Abfall, Tierschutz und Baumschutz. Aber auch Wasserqualität und Nachbarschaftsstreitigkeiten sind Themen der Anrufe. Zum Vergleich: Ende der 80er-Jahre waren es noch 3.459 Bürgerinnen und Bürger, die von dem Angebot auf Landesebene Gebrauch machten.

Alle Anfragen oder Beschwerden werden geprüft, nach Möglichkeit beantwortet oder sofort an die zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der verschiedenen staatlichen Stellen weitergeleitet. Aber der Kontakt ist keine Einbahnstraße. Die Grünen Telefone nehmen nicht nur Beschwerden entgegen, sie geben auch Auskunft zu Fragen der Lebensmittelsicherheit, des Gewässer-, Grundwasser- und Hochwasserschutzes, der Trinkwasserversorgung und der Entsorgung. Sie sorgen für die Versendung von Informationsmaterial und erledigen andere Serviceleistungen. Sie vermitteln den Kontakt zu Stellen, bei denen zum Beispiel Anfragen zu Ausländerangelegenheiten oder Schulproblemen besser aufgehoben sind.

Das Grüne Telefon entwickelt sich vom „Kummerkasten“ zum „Bürgertelefon“. Die Kontakte in Sachen Umweltschutz nehmen leicht aber stetig ab. Schon gibt es Stimmen, die

deswegen die Abschaffung vorschlagen. „Im Gegenteil“, halten andere dagegen, gerade weil sich das Spektrum erweitert, sollte dieses unbürokratische Medium ausgebaut werden. Das Grüne Telefon „als zentrale Ansprechstelle für Umweltschutz bei den Bezirksregierungen“ ist jedenfalls Ende letzten Jahres in einem Runderlass des Umweltministeriums in seinen Aufgaben aktualisiert worden.

Der dissonante Start vor 25 Jahren hat im Rückblick nicht geschadet. Wenn heute nicht mehr so häufig zum Telefonhörer gegriffen wird wie in der Anfangszeit, dann kann das mit den zweifellos erreichten Fortschritten im Umweltschutz zu tun haben. Eine Rolle spielt sicher auch, dass es im Zeitalter der elektronischen Kommunikation neue Möglichkeiten gibt, sich zu informieren und per E-Mail eine Beschwerde oder einen Auskunftswunsch an Ort und Stelle loszuwerden.

U.S./JK

Anschluss unter dieser Nummer

Die Grünen Telefone bei den Bezirksregierungen dienen den Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Region als Auskunftsstelle für alle Belange der Umwelt. Sie haben folgende Nummern:

- Bezirksregierung Arnberg: 02931-82-2666
- Bezirksregierung Detmold: 05321-71-1122
- Bezirksregierung Düsseldorf: 0211-475-4444
- Bezirksregierung Köln: 0221-147-2222
- Bezirksregierung Münster: 0251-411-3300

CDU

Norbert Röttgen zu Gast bei der CDU-Fraktion

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Norbert Röttgen, war als Gast bei der ersten Sitzung der CDU-Landtagsfraktion nach der Sommerpause. Dort berichtete er über die aktuelle politische Situation vor der Bundestagswahl. „Der Erfolg der CDU NRW bei der Landtagswahl vom 22. Mai war der Ausgangspunkt für die Selbstaufgabe von Rot-Grün in Berlin“, erklärte Röttgen. Er dankte der CDU-Landtagsfraktion für den reibungslosen und erfolgreichen Start der Landesregierung in NRW: „Das gibt uns in Berlin Rückenwind. Wir stehen gemeinsam für einen grundlegenden Politikwechsel. Wir stehen für Kompetenz, Sachlichkeit und Offenheit.“ Röttgen versprach: „Wir werden in Berlin weitermachen, wie es in NRW angefangen hat.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag, sicherte Röttgen die volle Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion zu: „NRW wird einen starken Beitrag für den Wahlerfolg leisten. Die aktuellen Umfragen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf auch den politischen Neuanfang auf der Bundesebene wollen.“ Dieser Politikwechsel sei dringend notwendig. Stahl: „Wir brauchen den Wechsel in Berlin, um die Strukturprobleme auch unseres Bundeslandes lösen zu können. Der Bund braucht NRW und NRW braucht den Bund.“



SPD

CDU streut den Bürgern Sand in die Augen

Der neue CDU-Finanzminister macht es sich zu leicht. Zusätzliche Ausgaben im Länderfinanzausgleich, die erst nach Ablauf des II. Quartals 2005 feststanden, sollen einfach über zusätzliche Schulden ausgeglichen werden. Die neue Landesregierung handelt nicht, sie resigniert.“ Das erklärte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gisela Walsken. Gleichzeitig solle den Bürgerinnen und Bürgern über einen Trick vermittelt werden, all dies sei die alte Regierung schuld. „Der Finanzminister verschiebt offensichtlich Verbindlichkeiten aus ausgelagerten Bereichen wie dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb in den Landeshaushalt. Das ist unredlich und unwirtschaftlich. Denn innerhalb der Wirtschaftsbetriebe stehen den Verbindlichkeiten hohe Investitionen gegenüber“, sagte Walsken. Die Regierung wolle dadurch offensichtlich ihr Tafelsilber schuldenfrei machen, um es anschließend veräußern zu können.

Den Vorwurf, die SPD-geführte Landesregierung habe in den vergangenen Jahren eine Verschleierungstaktik angewandt, wies Walsken energisch zurück. „Dies ist eine bloße Behauptung, die durch nichts begründet ist. In vielen Beratungen sind sämtliche Zahlen der Wirtschaftspläne offen gelegt worden.“ Anstatt der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, solle die schwarz-gelbe Regierung eine verantwortliche Schuldenpolitik betreiben. Walsken: „Wir werden uns den Nachtragshaushalt genau ansehen, ob er sich im Rahmen der Verfassung bewegt. Und wenn das aus unserer Sicht nicht der Fall sein sollte, werden wir nach Münster vor den Verfassungsgerichtshof ziehen.“

GRÜNE

Rückenwind für Arbeitsplätze!

Unter dem Titel „Arbeitsplätze schaffen - nicht kappen“ steht der Antrag, den die GRÜNE-Fraktion zum Thema Windkraft in den Landtag eingebracht hat. Anlass sind die Pläne von Schwarz-Gelb, die Erfolgsgeschichte der Windkraft in Nordrhein-Westfalen zu beenden. Rechtlich unzulässige Auflagen wie 1.500 Meter Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung oder nahezu beliebige Höhenbeschränkungen werden die Nutzung der Windenergie massiv einschränken.

Dabei sollte inzwischen klar sein, dass Windkraft nicht nur eine saubere und unverzichtbare Energiequelle ist, sondern sich auch zu einem beträchtlichen Industriezweig entwickelt hat. Mittlerweile arbeiten mehr als 10.000 Menschen in der Fertigung der Windräder, fünf der weltweit größten Zulieferer der Branche haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Hier werden Getriebe, Generatoren, Stahltürme, Wälzlager und Großsussteile von meist mittelständischen Betrieben hergestellt, die auch Bergbautechnik produzieren. Der benötigte Stahl kommt zu einem großen Teil aus NRW, Anlagen und Technologie werden zu einem großen Teil exportiert, viele der Investitionen fließen insbesondere in den ländlichen Raum.

Damit ist die Windkraft ein Beispiel für den erfolgreichen Strukturwandel, der sich in großen Teilen unseres Landes vollzieht und noch Potenzial für viele weitere Arbeitsplätze besitzt. Noch bevor die neue CDU/FDP-Landesregierung auch nur einen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hat, ist sie auch schon dabei einen ganzen Industriezweig in NRW zu zerschlagen.

FDP

Freie Wahl der Grundschule

Ingrid Pieper-von Heiden, Bildungsexpertin der FDP-Fraktion, hat der Landesregierung ihre Unterstützung bei dem Vorhaben zugesichert, die Schulbezirksgrenzen für Grundschulen bis 2008 aufzuheben. So genannte „Brennpunktschulen“ sollten daher einen am sozialen Umfeld der Schülerschaft orientierten Zuschlag von Ressourcen erhalten – etwa für kleinere Klassen, sozialpädagogische Fachkräfte oder zur besseren Sprachförderung von Migranten –, um den Wettbewerb um die besten Konzepte auf gleicher Augenhöhe antreten zu können. Die Eltern erhalten durch die freie Wahl der Grundschule die Chance, passgenau für die Bedürfnisse und Talente ihres Kindes eine Schule mit entsprechender Profilbildung zu wählen. „Wir wollen, dass jedes Kind bestmöglich individuell gefördert und gefordert wird.“ Schließlich entwickelten Kinder von Beginn an unterschiedliche Interessen und Talente. Je intensiver diese bereits in der Grundschule gefördert würden, umso stärker entwickle sich die Motivation, selbst die Unterrichtsfelder engagiert zu bearbeiten, die nicht ihre individuellen Stärken berührten. Unter Rot-Grün seien die Kinder Grundschulen zwangszugeordnet worden. Dies habe dazu geführt, dass beispielsweise die Talente eines musisch begabten Kindes unzureichend gefördert werden konnten, weil es neben den allgemein verpflichtenden Unterrichtsvorgaben, keine entsprechende Schwerpunktsetzung an der durch die Bezirkszuordnung „zuständigen“ Schule gab. Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass den Kindern eine individuelle Förderung zukommen kann. Dazu sei die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen unerlässlich.



Porträt der Woche: Edgar Moron (SPD)

Irgendwann lässt Edgar Moron einen Satz fallen, den man vor Monaten im Wahlkampf noch als Hochverrat aufgefasst hätte: „Rot-Grün ist kein Erfolgsmodell in Nordrhein-Westfalen gewesen.“ Er sagt das nicht verbittert, nicht gallig, sondern analytisch. Aus ihm spricht der Diplom-Politologe. Seit dem historischen Machtwechsel mit der Landtagswahl am 22. Mai muss er kaum noch Kompromissformeln bemühen. Ein Grünen-Freund ist er beileibe nie gewesen. Der 64-Jährige ist überzeugt, dass sich alte Koalitionstraditionen allmählich auflösen und Raum für neue Konstellationen schaffen würden.

Der Erststädter hat sich im neuen Büro einigermaßen eingelebt. Es ist nicht einmal hundert Meter vom alten entfernt. Tatsächlich liegen Dimensionen dazwischen. Denn der ehemalige SPD-Fraktionschef wurde im Juni zum 1. Vizepräsidenten des Landtags gewählt und verabschiedete sich vom Gestalten der Politik an vorderster Stelle.

Im Büro hängt eine Ikone der SPD. Herbert Wehner und seine Pfeife wurden so kunstvoll verfremdet, dass der streitbare SPD-Fraktionschef im Bundestag verzerrt erscheint wie hinter gesplittertem Glas. Das schwarz-weiße Gemälde besitzt seit dem 22. Mai unweigerlich einen neuen Symbolgehalt. Man fühlt sich an einen Bildersturm erinnert. Moron, ein Bewunderer Wehners, erlebt selbst eine Legendenertrümmerung nach der Landtagswahl in NRW. Die SPD wurde nach 39 Jahren in die Opposition verbannt. „Politisch ist es eine Niederlage. Persönlich ist es aber nicht der Tiefpunkt meiner Existenz“, sagt Moron. Bis zum Februar hatte Moron geglaubt, die poli-

tische Stimmung könne sich drehen. Danach blieb nur noch bange Hoffnung. Es fallen ihm viele Gründe für den Niedergang ein: die schlecht verkaufte Reformpolitik, Rekordarbeitslosigkeit, die „Schizophrenie“ des Menschen, der Reformen bejahe, aber nicht davon betroffen sein wolle. Morons Fazit: „Gegen den Mainstream können sie nichts ausrichten.“

Moron hat den Übergang in die Opposition einmal bereits in Bonn miterlebt. Von 1973 an war er 18 Jahre innenpolitischer Referent in der SPD-Bundestagsfraktion. In den Düsseldorf Landtag trat er 1990 ein, wurde Parlamentarischer Geschäftsführer, dann im Jahre 2000 Fraktionschef, der sich stets als „Schutzschild“ der Landesregierung verstanden hatte.

„COCKTAILTERMIN“

Er selbst müsse nun mehr repräsentieren, habe viele „Cocktailtermine“, sagt der Mann mit dem ergrauten Schnurrbart. In den nächsten Wochen und Monaten will er sich aus dem „operativen politischen Geschäft heraushalten“. Das neue Amt verlange stärkere Zurückhaltung. Außerdem soll seine Nachfolgerin Hannelore Kraft Raum haben, sich als Fraktionschefin zu profilieren. Moron hätte für eine begrenzte Zeit als Vorsitzender weitergemacht. Dies schien unmittelbar nach der Wahlniederlage realistisch. Doch eine umfassende personelle Erneuerung wurde drängender, auch weil sich SPD-Landeschef Harald Schartau sträubte. „Die NRW-SPD braucht jetzt einen Neuanfang, wir können

damit bei uns in der Landtagsfraktion beginnen“, erklärte er am 24. Mai vor der Fraktion und gab ein weit reichendes Signal.

Das Lebenstempo des gebürtigen Oberschlesiers hat sich abrupt verlangsamt. Selbst als arbeitsamer Charakter sieht er darin Vorzüge. Die vergangenen Jahre seien eine „gewaltige psychische Anstrengung“ gewesen. Enge Mitarbeiter loben ihn als fairen, zuverlässigen Chef. Zuweilen wurde auch Kritik von Genossen aus dem Hinterhalt geäußert. Die Fraktionsführung konnte ein undankbarer Job sein. Doch nun hat Moron Muße für einen langen Rückblick. Er liest Biografisches von Willy Brandt und frönt vernachlässigten Hobbies wie etwa Bergsteigen, Trekkingtouren, Doppelkopf. Und eines hat er ebenfalls im Hinterkopf: Irgendwann wird er im Plenum wieder ans Rednerpult treten und sich in die Tagespolitik einmischen. Für die kommenden fünf Jahre in der Opposition macht er sich allerdings wenige Illusionen. Gestalten sei auf Regierungsseite schon schwierig genug, sagt er. Und in der Opposition? „So gut wie unmöglich.“ Immerhin sieht Moron die bedeutende Chance für die SPD in NRW, „sich politisch frei zu machen und wieder provokant zu sein“.

Autor:
Kristian Frigelj



Erkämpftes Unentschieden

FCL bot gutes Bild gegen eine junge Mannschaft

Schon traditionell begegneten sich die Mannschaften von Air Berlin und dem FC Landtag, diesmal auf dem Nebenplatz des Olympiastadions in Berlin. Die Gastgeber gingen nach einem umstrittenen Foulelfmeter in Führung. Die Mannen um Kapitän Günter Langen hielten dagegen, vergaben aber gute Konterchancen gegen das wesentlich jüngere Team von Air Berlin und mussten noch vor der Pause das 0:2 hinnehmen. Insgesamt zeigte sich beim FCL ein gewisser Schlendrian. Noch mangelte es an der notwendigen kämpferischen Einstellung.

Das änderte sich in der 2. Halbzeit. Die Standpauke von Spielertrainer Wolfgang Euteneuer zeigte Wirkung. Zweikämpfe wurden nun gewonnen, Laufarbeit praktiziert und als Folge mehrere Torchancen herausgearbeitet. So fiel nach einem Eckball der Anschlusstreffer durch Werner Mayer. Jetzt hatte der FCL Biss, und auch der zweite umstrittene Foulelfmeter zum 1:3 brachte das NRW-Team nicht vom neuen Kurs ab. Die Einstellung stimmte, nach Foul an Jürgen Coße

verkürzte Wolfgang Euteneuer per Elfmeter auf 2:3.

Nun stürmte nur noch das NRW-Team. Aber noch ein weiteres Mal gab es einen herben Rückschlag: Doch auch das Kontertor zum 2:4 führte nicht zur Resignation. Im Gegenteil, der FCL spielte und kämpfte weiter und wurde in den letzten fünf Spielminuten dafür belohnt: Jürgen Coße war erneut erfolgreich, und Norbert Stiens erzielte kurz vor Ende der Partie sogar noch den verdienten Ausgleichstreffer.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; N.N. (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 2. bis 10. September 2005

2.9.	Thorsten Schick (CDU)	34
8.9.	Jochen Dieckmann (SPD)	58
10.9.	Wolfgang Aßbrock (CDU)	53

Helmut Diegel, CDU-Landtagsabgeordneter von 1985 bis 2005, ist von Innenminister **Dr. Ingo Wolf** (FDP) zum neuen Regierungspräsidenten in Arnsberg ernannt worden. Er löst in diesem Amt **Renate Drewke** ab, die von 1995 bis zu ihrem Ausscheiden im Jahr 2002 als SPD-Abgeordnete dem Landtag angehört hat. Auch in den Bezirksregierungen Detmold und Köln hat es einen Wechsel gegeben. Neue Regierungspräsidentin im lippischen Detmold ist **Marianne Thomann-Stahl** (FDP). Sie folgt auf **Andreas Wiebe** (GRÜNE). Für Thomann-Stahl ist ihr Parteikollege **Holger Ellerbrock** in den Landtag nachgerückt. Ellerbrock gehörte dem nordrhein-westfälischen Landesparlament bereits in der vergangenen 13. Wahlperiode an. In Köln löste der CDU-Landtagsabgeordnete **Hans Peter Lindlar**, seit 1990 im Landtag, den bisherigen Amtsinhaber **Jürgen Roters** (SPD) ab. Für Lindlar rückte von der Landesreserve der CDU der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, **Karl-Josef Laumann**, in den Landtag nach.

Wibke Op den Akker ist die neue Pressesprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Sie folgte zum 1. August auf **Holger Schlienkamp**, der in die Staatskanzlei gewechselt hat. Op den Akker (30) war vorher bereits stellvertretende Pressesprecherin der FDP-Fraktion.

Werner Jostmeier, CDU-Landtagsabgeordneter aus Dülmen, ist mit knapp 94 Prozent in seinem Amt als Vorsitzender der CDU im Kreis Coesfeld bestätigt worden. Jostmeier ist seit dem Jahr 2003 in diesem Amt und gehört seit 1995 dem Landtag an, wo er in den 14. Wahlperiode den Vorsitz des Hauptausschusses übernommen hat.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 1. September 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

51. Weltkindertag
 Großes Kinderfest
 am Rhein
 – vom Rathaus bis
 zum Landtag
 am 18.09.2005
 von 12 bis 18 Uhr

unicef

„Stadt, Land, Fluss“ – so lautet das diesjährige Motto des 51. Weltkindertages, der am 18. September, also zwei Tage vor dem offiziellen Weltkindertag, in Düsseldorf gefeiert wird. Auch im und um den Landtag wird es hoch hergehen: Im Zentrum der Aktivitäten und Projekte stehen die Themen „Kinder und Bewegung“ sowie „Trinkwasser“. So können sich Kinder beim umfangreichen Sportangebot auf der Demonstrationswiese vor dem Landtag austoben. Interessierten Gästen stehen die Pforten des Landtags an diesem Tag offen. Neben Bilderausstellungen können die Besucher auch das Landtagsgebäude samt Plenarsaal besichtigen. Um 14 Uhr werden Kinder ihre Botschaften zum Weltkindertag als Flaschenpost im Rhein zu Wasser lassen. Hierbei assistieren Landtagspräsidentin Regina van Dinther und Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin, die für den Weltkindertag die Schirmherrschaft übernommen haben.